

Leitantrag der Programmkommission

Wahlprogramm 2017 der AfD NRW



erstellt von:
Programmkommission
Alternative für Deutschland
Landesverband Nordrhein-Westfalen

Inhaltsverzeichnis

Bildung, Forschung & Kultur.....	8
These 0101: Das Menschenbild der AfD ist geprägt von Freiheit und persönlicher Verantwortung sowie Solidarität und sozialer Verpflichtung eines jeden Bürgers.	8
These 0102: Die AfD fordert die Beibehaltung und den Ausbau des mehrgliedrigen Schulsystems.....	8
These 0103: Leistungshomogene Lerngruppen sind in allen Schulen einzurichten.....	8
These 0104: Das duale Ausbildungssystem muss gestärkt werden.....	8
These 0105: Die AfD wird das rot-grüne Inklusionskonzept als ideologischen Irrweg stoppen!.....	8
These 0106: Die AfD fordert die Abkehr vom Phonetischen Schreiben: Rückkehr zum klassischen Schreibenlernen.....	9
These 0107: Die AfD will die Klassenstärke in allen Schulformen verringern.....	9
These 0108: Wir wollen offene Ganztagschulen einrichten und gebundene Ganztagschulen umwandeln.....	9
These 0109: Die AfD fordert die neunjährige Schulzeit am Gymnasium für alle – G8 auf freiwilliger Basis.....	9
These 0110: Wir wollen das Abitur wieder zum Ausweis der Studierfähigkeit machen..	10
These 0111: Die Lehrkraft hat als fachliche Autorität wieder für einen hohen Lernertrag zu sorgen.....	10
These 0112: Die AfD fordert die Stärkung der Lehrkraft als erzieherische Autorität im Rahmen der gesetzlichen Grundlagen.....	10
These 0113: Die AfD steht für eine altersgemäße Sexualerziehung ohne (Gender-)Ideologie.....	11
These 0114: Die AfD fordert den Ausbau des Schulsports und Stärkung der Sportvereine.....	11
These 0115: Die AfD fordert Sanierung und Ausbau öffentlicher Sportanlagen.....	11
These 0116: Wir fordern die Anerkennung der Bedeutung des Leistungs- und Spitzensports für unsere Gesellschaft.....	12
These 0117: Wir fordern ein differenziertes Studiensystem statt Einheitsunis.....	12
These 0118: Die AfD fordert die höhere Wertschätzung von Ausbildungsberufen.....	12
These 0119: Die AfD fordert bewährte Diplom- und Magisterstudiengängen statt Bologna.....	12
These 0120: Die AfD steht für die Freiheit in Forschung und Wissenschaft.....	12
Familie, Demographie & Gleichberechtigung	14
These 0201: Die AfD fordert Wahlfreiheit bei der Betreuung von Kleinkindern.....	14
These 0202: Die AfD fordert Aufklärung aller Eltern über die Bedürfnisse von Kleinkindern.	14

These 0203: Die AfD setzt sich für ein Erziehungsgehalt finanzielle Anerkennung elterlicher Erziehungsleistung ein.....	14
These 0204: Die AfD steht für den Schutz der Familie als Fundament unserer Gesellschaft.....	15
These 0205: Die AfD will die Bevorzugung von Mädchen und Frauen stoppen.	15
Recht, Demokratie und Freiheit.....	16
These 0301: Direkte Demokratie nach Schweizer Vorbild ist die zentrale Forderung der AfD.....	16
These 0302: Die AfD fordert Opferschutz vor Täterschutz.....	16
These 0303: Deutsches Recht darf keinem kulturellen Vorbehalt unterliegen.....	16
These 0304: Die zukünftige Parlamentsgröße soll von der Höhe der Wahlbeteiligung abhängen.....	16
These 0305: Wir fordern weitreichende Auskunftsrechte der Bürger.....	16
These 0306: Wir wollen kein Abdrängen des Glücksspiels in die Illegalität!.....	18
These 0307: Wir fordern eine sachliche und diskriminierungsfreie Berichterstattung in den Medien.....	18
Finanzen.....	19
These 0401: Wir wollen Bürger entlasten und Grunderwerbsteuer senken.....	19
These 0402: Wir wollen den öffentlich-rechtlichen Rundfunk auf seinen Grundversorgungsauftrag zurückführen.....	19
These 0403: Die AfD will die Abschaffung der Vermögenssteuer.....	19
These 0404: Die AfD wird Zuweisungen und Zuschüsse absenken.....	19
These 0405: Wir fordern Transparenz der Kosten der Zuwanderung.....	19
These 0406: Wir fordern einen Maßnahmenkatalog für den Ausgleich des Landeshaushalts.....	20
These 0407: Die AfD steht für die Gesundung des Landeshaushaltes.....	20
Arbeit & Soziales.....	21
These 0501: Qualifikation statt Alimentation stoppt Langzeitarbeitslosigkeit.....	21
These 0502: Die AfD fordert ein Ende der Manipulation der Arbeitslosenquote.....	21
These 0503: Wir treten ein für eine faire Neustaffelung der ALG1 Bezugsdauer und erhöhtes ALG2 für langjährig Beschäftigte.....	21
These 0504 (Gegenthese zu These 0505): Sozialleistungen gegen soziale Arbeit:.....	21
These 0505 (Gegenthese zu These 0504): Sozialleistungen gegen soziale Arbeit	22
These 0506 (Gegenthese zu These 0507): "Religionsfreiheit" bedeutet auch "Freiheit von Religion", gerade am Arbeitsplatz.....	22
These 0507 (Gegenthese zu These 0506): Religionsausübung ist Privatsache.....	22
These 0508: Die Arbeitnehmerüberlassung muss fair gestalten werden.....	22
These 0509: Grundsicherung im Alter muss die Lebensarbeitsleistung angemessen berücksichtigen.....	23

Zuwanderung, Integration und Asyl.....	24
These 0551: Die AfD gestaltet die Zuwanderungspolitik für Deutschland.....	24
These 0552: Die AfD wird Zuwanderung regulieren und reduzieren.	24
These 0553: Die AfD bewahrt das Asylrecht.....	24
These 0554: Die AfD wird Asylmissbrauch verhindern.....	25
These 0555: Die AfD reduziert Aufnahme- und Aufenthaltskosten.....	25
These 0556: Die AfD wird Leistungen für Asylbewerber sinnvoll gestalten.....	25
These 0557: Der Aufenthaltsstatus bedingt unterschiedliche Leistungen und Forderungen.....	25
These 0558: Schulpflicht gilt unabhängig vom Aufenthaltsstatus.....	26
These 0559: Wir wollen Rückführungen durchsetzen und Duldungen vermeiden.....	26
Bauen, Wohnen und Verkehr	27
These 0601: Die AfD fordert Lastwagen mit geringerer Achslast, um die Straßen weniger zu beschädigen.....	27
These 0602: Die AfD steht für ideologiefreie Dämmvorschriften.....	27
These 0603: Wir entlasten Familien bei der Grunderwerbsteuer.....	27
These 0604: Die AfD fordert im Bus- und Bahnverkehr ein einheitliches Ticket vom Start bis zum Ziel.....	27
These 0605: Die AfD fordert die Abschaffung der Umweltzonen und lehnt die Einführung der blauen Plakette ab.....	28
These 0606: Die AfD fordert den Erhalt und Modernisierung der Verkehrsinfrastruktur.	28
These 0607: Verkehrsüberwachung soll Gefahren reduzieren und nicht Haushaltslöcher stopfen.....	28
These 0608: Bauland mit weniger Restriktionen.....	28
These 0610: Die AfD fordert bezahlbaren Wohnraum für alle: Wohngeld ist sozial, sozialer Wohnungsbau ist hingegen ungerecht.....	29
Euro, EU und Banken.....	30
These 0701: Die AfD setzt sich für den uneingeschränkten Erhalt des Bargelds ein.....	30
These 0702: Wir fordern die Herstellung vollständiger Transparenz bei der NRW-Bank.	30
These 0703: AfD fordert deutliche Verschlinkung der „NRW-Landesvertretung“ bei der EU in Brüssel.....	30
These 0704: Die AfD lehnt die durch die EZB betriebene Bankenrettung und Staatsfinanzierung auf Kosten der deutschen Bevölkerung ab.....	30
Außen- und Sicherheitspolitik.....	32
These 0801: Die Expansion des sog. Islamischen Staates (IS) ist nicht nur eine Bedrohung der Länder des Nahen Ostens, sondern auch Deutschlands und Europas.....	32

These 0802: Ein Allgemeiner Bürgerdienst ist ein wichtiger Beitrag zur Demokratie, zusätzlich zur Wiedereinführung der vollen Wehrpflicht.....	32
These 0803: Im Rahmen internationaler Organisationen muss Deutschland vermehrt militärische Verantwortung übernehmen, soweit dies unseren nationalen Interessen entspricht.....	32
These 0804: Ziel der deutschen Außen- und Sicherheitspolitik muss die Sicherung der freien deutschen Nation sein. Dazu gehört eine starke Bundeswehr.....	33
Verbraucherschutz und Umwelt	34
These 0901: Die AfD gestaltet den Umweltschutz für Deutschland.....	34
These 0902: Blühende Landschaften statt trister Monokultur: Die AfD steht ein für die bäuerliche Landwirtschaft.....	34
These 0903: Grüne Gentechnik: Die AfD steht für Transparenz und Sicherheit bei der Lebensmittelqualität und gegen Zulassung auf Landesebene.....	34
These 0904: Die AfD steht für eine mitfühlende und würdevolle Behandlung der Tiere und eine Stärkung des Tierschutzes.....	35
These 0905: Wir wollen die Jagd erhalten und die Rechte der Jäger stärken - für ein ideologiefreies Jagdrecht.....	35
These 0906: Wir stehen für die Verringerung der Nitratbelastung und für sauberes Trinkwasser in NRW.	35
These 0907: Verantwortungsvoller Umwelt- und Landschaftsschutz steht vor kurzfristigen Profitinteressen großer Energiekonzerne.....	35
Gesundheit.....	37
These 0951: Die AfD gestaltet die Gesundheitspolitik für Deutschland.....	37
These 0952: Die AfD fordert die Sicherung der ländlichen Versorgung durch gezielte Ausbildung von Allgemeinmedizinerinnen.....	37
These 0953: Die AfD will eine bessere Infektionsprophylaxe im Zeitalter globaler Kontakte und zunehmender Antibiotikaresistenz erreichen.....	37
These 0954: Die AfD steht für den Ausbau ambulanter palliativmedizinischer Angebote.	38
These 0955: Die AfD will die Freiberuflichkeit der Ärzte als Fundament des Gesundheitswesens erhalten und stärken.....	38
These 0956: Die AfD möchte den Hebammenberuf erhalten.....	38
Energie	39
These 1001: Die AfD fordert die ersatzlose Abschaffung des Erneuerbare Energien Gesetzes (EEG).....	39
These 1002: Wir fordern ein Ende des Zwangs zum Einsatz regenerativer Energien und unwirtschaftlicher Dämm-Vorgaben.....	39
These 1003: Die AfD fordert Wettbewerb in der Energieerzeugung statt "Öko-Planwirtschaft".....	39
These 1004: Die AfD fordert die 10H-Regelung für Windkraftanlagen.....	40

These 1005: Braunkohle sichert die Energieversorgung in Deutschland und Arbeitsplätze in Nordrhein-Westfalen.	40
These 1006: Wir betrachten neue Energietechnologien ohne ideologische Scheuklappen.....	40
These 1007: Die AfD wünscht die Entlastung der Stromkunden über die Streichung der Stromsteuer.....	40
These 1008: Fracking soll erforscht werden. Die Bürger sollen entscheiden.....	41
These 1009: Die AfD bekennt sich zum Umweltschutz und fordert ein Ende der „Klimaschutzpolitik“ und der Pläne zur Dekarbonisierung.....	41
These 1010: Energiepolitik darf nicht von irrationalen Ängsten vor vermeintlichen Gefahren der Technik getrieben sein.	41
These 1011: Radioaktive Reststoffe aus Kernkraftwerken sollen verwertet statt deponiert werden.....	41
Wirtschaft	43
These 1051: Wir fordern die Reduzierung der Lohnnebenkosten zugunsten der Arbeitnehmer.....	43
These 1052: Die von Behörden anwendbare Abgabenordnung soll durch die Gesetze des BGB ersetzt werden.....	43
These 1053: Betriebsvermögens familiengeführter Betriebe muss bei der Erbschafts- und Schenkungssteuer geschont werden.....	43
These 1054: Die AfD fordert eine mittelstandsorientierte Technologie- und Innovationspolitik.....	43
These 1055: Wir fordern die diskriminierungsfreie, öffentliche Ausschreibung aller kommunaler Ver- und Entsorgungsverträge.....	44
These 1056: Die soziale Marktwirtschaft ist Garant für wirtschaftlichen Fortschritt und gesellschaftlichen Wohlstand.....	44
These 1057: Die AfD fordert die Sanierung der maroden Verkehrsinfrastruktur in Nordrhein-Westfalen.....	44
These 1058: Wir fordern die Abschaffung von Kammer-Zwangsmitgliedschaften für Klein- und Kleinstunternehmen.....	44
These 1059: Wir lehnen staatliche Subventionen für die Erfüllung des „5-Jahres-Planes“ beim Ausbau der Elektromobilität ab.....	45
These 1060: Unternehmen, die Homeoffice-Arbeitsplätze für ihre Mitarbeiter einrichten, sollen eine Förderung erhalten.....	45
Inneres und Justiz.....	46
These 1101: Wir fordern mehr Schutzleute auf der Straße.....	46
These 1102: Wir fordern die Eilzuständigkeit für den Zoll.....	46
These 1103: Polizisten sollen besser geschützt werden.....	46
These 1104: Die AfD steht für eine konsequente Kriminalitätsbekämpfung.....	46
These 1105: Wir fordern eine angemessene Bezahlung von Landesbeamten.....	47
These 1106: Wir fordern eine Straffung der Verwaltungen des Landes.....	47

Kommunales.....48

- These 1201: Die Wasserversorgung der Kommunen in NRW darf nicht privatisiert werden.....48
- These 1202: Die AfD fordert echte Subsidiarität durch Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung.....48
- These 1203: Wir fordern eine leistungsfähige Infrastruktur.....48
- These 1204: Die AfD stärkt die Demokratie durch mehr kommunale Bürgerbeteiligung.48
- These 1205: Die AfD fordert die uneingeschränkte Wiedereinführung des Widerspruchsrechts bei Bescheiden.....49

Bildung, Forschung & Kultur

These 0101: Das Menschenbild der AfD ist geprägt von Freiheit und persönlicher Verantwortung sowie Solidarität und sozialer Verpflichtung eines jeden Bürgers.

Es gründet sich auf humanistisch-abendländische Normen und Werte, in deren Zentrum die Chancengerechtigkeit steht.

Nur durch eine adäquate Leistungsorientierung können Menschen ihre Stärken herausbilden und ihre Schwächen überwinden. Deswegen müssen Schüler und Studenten alters- und begabungsgerecht an den Leistungsgedanken herangeführt werden, um ihr Leben eigenständig gestalten zu können.

These 0102: Die AfD fordert die Beibehaltung und den Ausbau des mehrgliedrigen Schulsystems.

Der schleichenden Abschaffung verschiedener Schulformen und Entwicklung hin zu gleichmacherischen Einheitsschulen muss Einhalt geboten werden.

Nur durch ein ausdifferenziertes, aber durchlässiges Schulsystem ist echte, weil gezielte individuelle Förderung im Rahmen der schulischen Möglichkeiten und Angebote zu leisten. Dies gewährleistet Bildungsgerechtigkeit für Kinder aus allen sozialen Schichten. Eine stärkere Ausrichtung der Schullaufbahnen auf Berufs- und Studienfelder wie auch eine besondere Begabtenförderung wird ermöglicht.

These 0103: Leistungshomogene Lerngruppen sind in allen Schulen einzurichten.

Klassenverbände mit einer Schülerschaft, in der die Leistungsunterschiede zu groß sind, zeigen vergleichsweise schlechtere Lernerfolge. Effizientes Lehren und Lernen ist jedoch nur dort möglich, wo eine gewisse Leistungshomogenität herrscht.

Diese ermöglichen eine gezielte Förderung besonders von Benachteiligten und Begabten und führt zu einer Leistungssteigerung aller Schüler. Individuelle Förderung soll im Lerngruppenverband erfolgen.

These 0104: Das duale Ausbildungssystem muss gestärkt werden.

Unsere Schülerschaft zeigt die verschiedensten Begabungen, die es wertzuschätzen und zu fördern gilt. Die einseitige Propagierung der akademischen Ausbildung ist nicht sinnvoll.

Das deutsche duale Berufsausbildungssystem ist auf Grund seiner Leistungsfähigkeit international anerkannt. Es lebt von geeigneten und qualifizierten Schulabgängern. Deshalb müssen Hauptschulen, Realschulen, Sekundarschulen und Berufskollegs in ihrer Bedeutung gestärkt werden. Dies führt zur Besetzung frei gebliebener Ausbildungsplätze mit qualifizierten Bewerbern. Ausbildungsabschlüsse werden zügiger erreicht.

These 0105: Die AfD wird das rot-grüne Inklusionskonzept als ideologischen Irrweg stoppen!

Inklusion schadet Kindern sowohl mit als auch ohne besonderem Förderbedarf. Das

inklusive Schulkonzept bietet Schülern mit Behinderungen weniger Unterstützung als das System der Förderschulen. Die Beschulung von Kindern mit besonderem Förderbedarf an Regelschulen kann das notwendige Maß an individueller Förderung nicht leisten.

Förderschulen sind ein bewährtes Instrument, Kindern mit besonderem Förderbedarf ein Höchstmaß an Beteiligung am gesellschaftlichen Leben zu ermöglichen. Das hochgradig spezialisierte Förderschulsystem hierzulande ist Bestandteil des allgemeinen Schulsystems, es geht in seiner Qualität weit über die Forderungen der UN Konvention hinaus und muss deshalb unbedingt erhalten bleiben.

These 0106: Die AfD fordert die Abkehr vom Phonetischen Schreiben: Rückkehr zum klassischen Schreibenlernen

Die Methode „Phonetisches Schreiben“ ist ein gescheitertes Schulexperiment. Schülern wird bei dieser Methode beigebracht, so zu schreiben, wie sie hören.

Da die Kinder jahrelang nicht korrigiert werden und auch die Eltern angehalten werden, ihnen die richtige Schreibweise nicht beizubringen, prägt sich die fehlerhafte Schreibweise im besten Lernalter ein. Nach zwei Jahren liegt der Anteil an rechtschreibschwachen Kindern fünfmal höher, wenn die Schüler mittels "phonetischem Schreiben" statt mit der traditionellen Fibel unterrichtet wurden (23% versus 5%). Kinder aus bildungsfernem Elternhaus, Kinder mit Migrationshintergrund und Kinder mit Legasthenie sind die Hauptleidtragenden dieses unsozialen und ideologischen Experiments. Die AfD fordert deshalb die Rückkehr zum bewährten Rechtschreibunterricht. These 0107

These 0107: Die AfD will die Klassenstärke in allen Schulformen verringern

Lehrermangel und Missmanagement haben in vielen Schulen NRWs zu einer Maximalauslastung der Klassengrößen geführt. Durch die massenhafte Zuwanderung wird dieses Problem deutlich verschärft.

Kleinere Klassen bedeuten jedoch mehr Zeit für die Förderung des einzelnen Schülers. Daher ist eine Idealgröße von 12-20 Schülern pro Klasse (je nach Schulform) anzustreben. Die AfD fordert deshalb mehr Lehrkräfte für alle Schulformen.

These 0108: Wir wollen offene Ganztagschulen einrichten und gebundene Ganztagschulen umwandeln

Der Arbeitsmarkt hat sich verändert und mit ihm die Gesellschaft. Viele Eltern sind berufstätig, so dass nicht alle Kinder den Vorteil einer Betreuung durch die Familie haben. Um diesem Umstand Rechnung zu tragen, können Schulen eine Nachmittagsbetreuung (offener Ganztag) anbieten. Dieses Angebot kann jedoch niemals für alle Kinder verpflichtend sein, da elterliche Fürsorge aus Sicht der AfD weiterhin den Idealfall von Erziehung darstellt.

These 0109: Die AfD fordert die neunjährige Schulzeit am Gymnasium für alle – G8 auf freiwilliger Basis

Die Schüler und Schülerinnen an den Gymnasien leiden unter der Schulzeitverkürzung auf acht Jahre. Die Stoffverdichtung durch Nachmittagsunterricht und erhöhte Stundenzahl in

der Oberstufe belasten außerordentlich, verhindern das gründliche Lernen und lassen manche frühzeitig scheitern. Die als Entlastung vorgesehenen Maßnahmen der Landesregierung wie die Reduzierung von Hausarbeiten verschärfen den Bildungsabbau und führen zu mehr Lernstress, wenn die Schüler den zentralen Prüfungen gerecht werden wollen.

Die Aufnahmefähigkeit von Kindern hängt von der altersspezifischen Entwicklungsstufe ab. Der neunjährige gymnasiale Bildungsgang hat sich über ein Jahrhundert lang bewährt und muss wieder zum Regelfall werden. Er allein verschafft Kinder genug Zeit, damit sie ihre intellektuellen Fähigkeiten entfalten, ihre sozialen Kompetenzen ausbilden und ihre charakterlichen Stärken formen. Er lässt ihnen Zeit für die Persönlichkeitsreife und für die Inanspruchnahme außerschulischer Bildungs- oder Sportangebote sowie die Möglichkeit für ehrenamtliches Engagement. Dies alles zu erfahren und zu erleben ist für die Persönlichkeitsbildung junger Menschen unabdingbar.

These 0110: Wir wollen das Abitur wieder zum Ausweis der Studierfähigkeit machen.

Die Inflation der guten Noten hat in den vergangenen Jahren dazu geführt, dass viele Schüler ein Abitur erhielten, obwohl ihre Leistungsfähigkeit den Anforderungen eines Hochschulstudiums nicht entsprach. Deshalb müssen die Anforderungen zur Erlangung dieses Abschlusses wieder seiner Ausrichtung entsprechen.

Ein aussagekräftiges Abitur bringt wieder Klarheit über das Leistungsvermögen und die Eignung der Abiturienten. Letztlich verringert das die Studienabbrecherquoten und entlastet die Universitäten.

These 0111: Die Lehrkraft hat als fachliche Autorität wieder für einen hohen Lernertrag zu sorgen.

Die augenblicklichen Leitlinien der Pädagogik in Deutschland sehen den Lehrer ausschließlich als Moderator von Lernprozessen und weniger als fachliche Autorität. Durch dieses ideologisch begründete Konzept werden die Schüler im Lernprozess alleingelassen und häufig überfordert.

Deshalb muss eine Rückkehr zum bewährten Plenumsunterricht stattfinden. Dies bedeutet neben der Pflicht für Lehrkräfte, sich weiterhin auch fachlich fortzubilden, den Unterricht als lehrergeleiteten und nicht lediglich moderierten Lernprozess zu gestalten.

These 0112: Die AfD fordert die Stärkung der Lehrkraft als erzieherische Autorität im Rahmen der gesetzlichen Grundlagen

Disziplinlosigkeit und mangelnde Lernbereitschaft in der Schülerschaft werden heute vielfach zu Recht beklagt..

Tugenden wie Fleiß, Disziplin, Pünktlichkeit, Einsatzbereitschaft und Zuverlässigkeit ermöglichen aber erst ein wertschätzendes Miteinander von Lehrern und Schülern in der Schulgemeinde. Sie schaffen außerdem eine angstfreie Lernatmosphäre und leisten durch Grenzsetzungen Hilfe zur Persönlichkeitsbildung der Schüler. Positive oder negative Auffälligkeiten im Sozial- und Arbeitsverhalten werden auf dem Zeugnis dokumentiert.

These 0113: Die AfD steht für eine altersgemäße Sexualerziehung ohne (Gender-)Ideologie

Unter dem Vorwand der Antidiskriminierung und der Toleranz ist „Gender-Mainstreaming“ der Versuch, dem Bürger sein Privatleben und seine Vorlieben vorzuschreiben. Als fächerübergreifender „Sexualpädagogik der Vielfalt“ wird diese Ideologie auch in die Schulen getragen. Deren Methoden und Inhalte verletzen das Schamgefühl von Kindern, weil sie z.B. für Zwölfjährige nicht nachvollziehbare Sexualpraktiken definieren oder über Dienstleistungen informieren. Diese verfehlte Pädagogik ermöglicht Übergriffe und leistet einer Frühsexualisierung Vorschub.

Eine bewusste Verunsicherung von Kindern und Jugendlichen in ihrer sexuellen Identität, den Einsatz schulfremder Aktivisten sowie die Vermittlung „erotischer Erfahrungen“ lehnen wir ab. Die AfD steht für die Achtung der Menschenrechte und damit auch des gesetzlich garantierten Rechtes der Eltern auf Erziehung ihrer Kinder gemäß den eigenen weltanschaulichen Überzeugungen, soweit diese auf dem Boden des Grundgesetzes stehen.

These 0114: Die AfD fordert den Ausbau des Schulsports und Stärkung der Sportvereine

Die gesellschaftliche Entwicklung, u.a. durch G8 und Ganztagschulen, führt zu einem starken Wandel vor allem im Kinder- und Jugendsportbereich sowohl in der Schule als auch in den Vereinen. Schulsport findet kaum noch statt. Die notwendigen Freizeit- und Erholungsphasen für Schüler werden immer weniger. Jedoch werden die Auswirkungen durch den Bewegungsmangel auf die geistige und körperliche Gesundheit unserer Kinder immer sichtbarer.

Sportliche Aktivität muss in den Schulen wieder mehr an Bedeutung gewinnen, da diese zur Verbesserung der schulischen Leistung beiträgt, das Selbstbewusstsein und die Persönlichkeit stärkt, Teamgeist und Fairness fördert - sowohl im normalen Unterricht, als auch am Nachmittag im Rahmen der Ganztagsbetreuung. Hierzu ist eine verstärkte Kooperation von Schule, Offenem Ganztag und Sportvereinen notwendig.

These 0115: Die AfD fordert Sanierung und Ausbau öffentlicher Sportanlagen.

Der Verfall unserer gut ausgebauten Sport-Infrastruktur muss aufgehalten werden und der Zugang zu den Sportangeboten jedem – unabhängig vom Einkommen – ermöglicht werden.

Sport ist zentraler Bestandteil des gesellschaftlichen Zusammenlebens; er ist Präventions- und Integrationsfaktor, fördert die Gesundheit und verbindet Menschen unabhängig von Geschlecht, Alter und Nationalität. Bewegung und Sport müssen somit integrative Bestandteile kommunaler Entwicklungspolitik werden und entsprechende Förderung erhalten, zum Beispiel durch Wiederbelebung des „Open Sunday“; durch Gestaltung von Trimm-dich-Pfaden oder Schaffung von Sportoasen in Parks.

These 0116: Wir fordern die Anerkennung der Bedeutung des Leistungs- und Spitzensports für unsere Gesellschaft

Leistungs- und Spitzensport hat eine identitätsstiftende Funktion.

Ausbau und Verbesserung von Talentsichtung und –förderung sind deshalb in den Sportvereinen und Schulen entscheidend für die Sicherung unseres Leistungssportnachwuchses. Weiterhin ist die Finanzierung und Absicherung von Trainern und Übungsleitern zu verbessern, um Fluktuationen zu vermeiden. Außerdem müssen die Athleten eine verstärkte Unterstützung bei ihrer erfolgreichen schulischen, beruflichen und leistungssportlichen Laufbahn erfahren. Das Spitzensportdreieck „Athlet –Trainer – Sportstätte“ ist wieder in den Mittelpunkt zu rücken.

These 0117: Wir fordern ein differenziertes Studiensystem statt Einheitsunis

Deutschland unterscheidet zwischen Berufsausbildung in einem dualen System, praxisorientierten Fachhochschulen und forschungsintensiven Universitäten mit exklusivem Promotionsrecht.

Da so für alle Anforderungen bedarfsgerechte Studienangebote vorliegen, muss dieser Wettbewerbsvorteil gepflegt werden. Studiengänge dürfen nicht allein wegen ihrer wirtschaftlichen Verwertbarkeit eingerichtet werden.

These 0118: Die AfD fordert die höhere Wertschätzung von Ausbildungsberufen

Die politisch motivierte Inflation akademischer Abschlüsse birgt das Risiko eines gravierenden Qualitätsverlustes.

Die AfD setzt auf Qualität bei der Hochschulausbildung und lehnt vorgegebene Erfolgsquoten ab. Wir setzen uns für die Wertschätzung nichtakademischer Ausbildung und handwerklicher Berufe ein.

These 0119: Die AfD fordert bewährte Diplom- und Magisterstudiengängen statt Bologna.

Die EU-weite Harmonisierung von Studiengängen hat in der Praxis gezeigt, dass die versprochenen Vorteile wie verbesserte Vergleichbarkeit Erleichterung von Studienplatzwechseln nicht eingetreten sind. Andere Entwicklungen führten zu einer Minderqualifizierung der Hochschulabgänger. Kritik kommt nicht nur von Arbeitgebern, sondern inzwischen auch von Studierenden.

Die AfD spricht sich für die Rückkehr zu den besser qualifizierenden Studiengängen mit Diplom- und Magisterabschlüssen aus. Staatsexamina müssen wieder eingeführt bzw. beibehalten werden.

These 0120: Die AfD steht für die Freiheit in Forschung und Wissenschaft

Die Freiheit der Forschung ist durch EU-Bürokratismus gefährdet. Akkreditierungsbürokratie bestimmt heute im Wesentlichen die hochschulspezifische Gestaltung der Lehre. Deshalb ist die Autonomie der Hochschulen zu stärken und den Professoren die Verantwortung für ihre Lehre zu übertragen.

Die Freiheit von Forschung und Lehre ist unantastbar. Wir treten für eine Rückkehr zur wissenschaftlichen Selbstverwaltung und Mittelverteilung auf nationalstaatlicher Ebene ein.

Familie, Demographie & Gleichberechtigung

These 0201: Die AfD fordert Wahlfreiheit bei der Betreuung von Kleinkindern.

Von staatlicher Seite wird die Fremdbetreuung einseitig gefördert. Klassische Familienkonstellationen werden entwertet.

Kinder sind schutzbedürftig. Ihren seelischen, körperlichen und geistigen Bedürfnissen gerecht zu werden, hat eine herausragende Bedeutung für unsere Gesellschaft. Kinder mit stabiler familiärer Bindung sind der beste Garant für den Erhalt und Erfolg unserer freiheitlich-demokratischen Gesellschaft. Dazu gehört ein materieller Ausgleich für Eltern, die sich selbst der Erziehung ihrer Kleinkinder widmen. Die Einbeziehung von Familienangehörigen und Tageseltern ist ebenso zu unterstützen.

These 0202: Die AfD fordert Aufklärung aller Eltern über die Bedürfnisse von Kleinkindern.

Von zentraler Bedeutung sind die Grundbedürfnisse des Kleinkindes nach verlässlichen und liebevollen Bezugspersonen (ca. 70 % der Eltern möchten lt. Umfragen ihre Kinder selbst zuhause betreuen). Durch die irreführende Behauptung des Bundesministeriums für Familie, U-3 Betreuung in Kindertagesstätten führe zu besserer Mutter-Kind-Beziehung sowie höherer sozialer Kompetenz und sei eine Voraussetzung für bessere Bildung, werden Eltern, die ihre Kinder selbst betreuen wollen, verunsichert. Dabei werden wissenschaftliche Ergebnisse der Bindungsforschung, die Gefahren und negative Folgen früher Trennung nachweisen, außer Acht gelassen.

Daher fordert die AfD eine Aufklärung über wissenschaftliche Ergebnisse der Bindungsforschung, die bei früher Trennung von den Eltern einen signifikant erhöhten seelischen Stress, u.a. einhergehend mit chronischem Anstieg des Stresshormons Cortisol mit nachhaltiger Schwächung des Immunsystems nachweisen. Die Gemüts- und Herzensbildung und spätere Liebes- und Beziehungsfähigkeit werden gefährdet und eine Häufung von seelischen und körperlichen Erkrankungen ist nachweisbar. Ferner sind Eltern darüber aufzuklären, dass das Kind sich erst mit ca. 3 Jahren von der Mutter löst und gruppenfähig wird (Kindergartenreife).

These 0203: Die AfD setzt sich für ein Erziehungsgehalt finanzielle Anerkennung elterlicher Erziehungsleistung ein.

Es ist das Grundrecht der Eltern für ihre Kinder zu sorgen, ohne dabei in Armut zu kommen. Wir setzen uns für die Einführung eines Erziehungsgehaltes bis zur Vollendung des dritten Lebensjahres ein, wenn ein Elternteil auf die Berufsausübung verzichtet, um sich um die Kinder zu kümmern.

Ein Krippenplatz für unter 3 Jährige kostet monatlich ca. 1.200,- Euro.

Eltern, die ihre Kleinkinder zu Hause betreuen, müssen für diese gesellschaftlich wichtige und vorteilhafte Leistung einen angemessenen finanziellen Ausgleich erhalten, der im Zuge des Familienlastenausgleichs gegenfinanziert wird. Dies fordern auch Urteile des Bundesverfassungsgerichts. Erziehungszeiten werden wie Berufstätigkeit bei der Rentenberechnung berücksichtigt. Im Sinne des Kindeswohls ist eine Betreuung innerhalb

der Familie wünschenswert.

These 0204: Die AfD steht für den Schutz der Familie als Fundament unserer Gesellschaft.

Die Familie ist die Keimzelle und die Basis unserer Gesellschaft und Kultur. Sie vermittelt Werte wie Fürsorge, Liebe und Solidarität, Respekt und Menschlichkeit.

Dem bewährten Familienmodell droht die Zerstörung durch die aktuelle ideologisierte Politik. Wir respektieren eingetragene Lebenspartnerschaften, deren Gleichstellung mit der Ehe lehnen wir ab. Ehe und Familie stehen unter dem besonderen Schutze der staatlichen Ordnung. Dem fühlen wir uns verpflichtet.

These 0205: Die AfD will die Bevorzugung von Mädchen und Frauen stoppen.

Männer und Frauen sind gleichberechtigt. Bereits in ihrer kindlichen Entwicklung haben sie aber teils sehr unterschiedliche Interessen und Bedürfnisse, insbesondere hinsichtlich ihres Bewegungsdranges, der bei Jungen raumgreifender ist. Statt diese Unterschiede wertzuschätzen werden sie durch den ideologischen Genderismus nivelliert. Hiervon sind Jungen besonders betroffen, da ihnen aus Mangel an männlichen Erziehern und Lehrern im vorschulischen und schulischen Bereich die männliche Orientierung weitgehend fehlt. In Folge dessen kommt es zu vermehrter Selbstunsicherheit, einem Anstieg von Leistungsminderung im Bildungsbereich, einer Häufung von Depressionen mit Delinquenz und Abhängigkeitsproblematik. Hinzu kommen schlechtere schulische Benotungen bei gleicher Leistung, die den Start ins Berufsleben oder Studium erschweren.

Die AfD NRW fordert daher eine verstärkte gesellschaftliche Aufklärung über die spezifische männliche Entwicklung und deren Wertschätzung, sowie die Entwicklung von Leitlinien gegen Jungen-, Männer- und Väterdiskriminierung. Fördermittel für Männer- und Frauenforschung müssen paritätisch verteilt werden. Naturwissenschaftliche Schulfächer, die den Interessen von Jungen entsprechen, müssen stärkeres Gewicht bekommen. Förderung von geschlechtergetrenntem Unterricht sind als Modellprojekte versuchsweise einzuführen und durch Forschung intensiv zu begleiten. Die AfD ist für die Abschaffung der Stellen für Gleichstellungsbeauftragte, da dadurch Männer und Jungen benachteiligt werden.

Recht, Demokratie und Freiheit

These 0301: Direkte Demokratie nach Schweizer Vorbild ist die zentrale Forderung der AfD.

Volksbegehren, Volksentscheide, Bürgerinitiativen, Bürgerbegehren und Bürgerentscheide müssen heute hohe Hürden überwinden und sind daher praktisch bedeutungslos.

Die jeweiligen Schwellen müssen deutlich abgesenkt werden, denn nur so lassen sich das Engagement und Vertrauen der Bevölkerung in die Politik nachhaltig zurückgewinnen.

Weiterhin sind bislang ausgeschlossene Themen, wie z.B. fiskalische Fragen und Abgaben auf kommunaler Ebene, zukünftig einzubeziehen.

These 0302: Die AfD fordert Opferschutz vor Täterschutz.

Bei der Strafzumessung nehmen Milde und Verständnis für die Täter zu viel Raum ein; der Opferschutz ist in Teilen der Justiz aus dem Blickwinkel geraten.

Wir fordern die generelle Anwendung des Erwachsenenstrafrechts ab einem Alter von 18 Jahren. Dem opferorientierten Bewusstsein hat in der Juristenausbildung eine höhere Bedeutung zuzukommen. Ziel ist, dem Schutz der Bevölkerung und der Opfer wieder Vorrang vor den Interessen der Täter einzuräumen.

These 0303: Deutsches Recht darf keinem kulturellen Vorbehalt unterliegen.

Unser Rechtssystem wird immer weiter aufgeweicht. Straftaten werden bei entsprechendem kulturellen Hintergrund der Täter häufig nicht angemessen geahndet.

Wer sich in Deutschland aufhält, hat unsere Gesetze zu beachten. Religion, Kultur und Ideologie dürfen keinen Einfluss auf das Strafmaß haben. Wer in Deutschland leben möchte, hat sich über unser Rechtssystem zu informieren und es zu respektieren.

These 0304: Die zukünftige Parlamentsgröße soll von der Höhe der Wahlbeteiligung abhängen.

Die Wahlbeteiligung hat derzeit keinerlei Auswirkungen auf die Größe des Landesparlaments. Nichtwähler werden dadurch vollständig ignoriert. Anreize, sie wieder als aktive Wähler für die Demokratie zurückzugewinnen, bestehen nicht.

Um wieder Anreize zu schaffen, Wähler für die Demokratie zurückzugewinnen, soll die zukünftige Parlamentsgröße direkt von der Höhe der jeweiligen Wahlbeteiligung abhängig gemacht werden.

These 0305: Wir fordern weitreichende Auskunftsrechte der Bürger.

Grundlagen und Auswirkungen von Entscheidungen öffentlicher Organe sind häufig nicht transparent. Darunter leidet das Vertrauen in Politik und Verwaltung.

Auskunftsrechte der Bürger sind einzuführen. Dabei sind Fragen und Antworten der Öffentlichkeit zur Verfügung zu stellen. Schutzbedürftige Interessen Dritter bleiben dabei

gewahrt.

These 0306: Wir wollen kein Abdrängen des Glücksspiels in die Illegalität!

Die Neufassung des Glücksspielrechts wird ab 2017 zur Schließung von mindestens 50% der Spielhallen in NRW führen. Spieler werden damit in die Illegalität abgedrängt, abseits von Jugend- und Verbraucherschutz. Zusätzlich drohen erhebliche Verluste von derzeit 22100 vorhandenen Arbeitsplätzen und Steuerausfälle.

Die Spielnachfrage wird voraussichtlich in die Illegalität abwandern. Das vorgebliche Ziel der Gesetzesänderung, die wirksame Bekämpfung der Spielsucht, wird verfehlt. Das neue Glücksspielrecht ist daher auf den Prüfstand zu stellen und entsprechend anzupassen.

These 0307: Wir fordern eine sachliche und diskriminierungsfreie Berichterstattung in den Medien.

Niemand darf wegen seiner politischen Überzeugung im Rahmen des Grundgesetzes diskriminiert werden. Dennoch werden in einigen Medien ständig politisch unliebsame Meinungen und Standpunkte diskreditiert und diffamiert. Die Betroffenen sind dem weitgehend schutzlos ausgeliefert. Ihre Rechte sind daher zu stärken.

Der Bürger hat ein Recht auf vollständige und sachliche Berichterstattung. Gleichzeitig sind die Betroffenen vor Diskreditierung und Diffamierung zu schützen. Hierzu sind Änderungen der Mediengesetze erforderlich. Fakten und Meinungen müssen klar voneinander getrennt werden. Bei Meinungsäußerungen ist die Zugehörigkeit zu einer politischen Partei oder einer ihr nahestehenden Einrichtung für den Leser offenzulegen. Bei beleidigender oder verleumderischer Berichterstattung sind pauschalierte Schadensersatzansprüche für die hiervon Betroffenen vorzusehen.

Finanzen

These 0401: Wir wollen Bürger entlasten und Grunderwerbsteuer senken.

Die Erhöhung des Grunderwerbsteuersatzes auf derzeit 6,5% in NRW erfolgte zur Verbesserung der Haushaltssituation.

Wir fordern eine deutliche Reduzierung, um Immobilienerwerb nicht unnötig zu erschweren. Die Vermögensbildung durch Immobilienerwerb ist für den Bürger zu erleichtern. Dies fördert die Altersvorsorge und erhöht die berufliche Mobilität.

These 0402: Wir wollen den öffentlich-rechtlichen Rundfunk auf seinen Grundversorgungsauftrag zurückführen.

In unserem Grundgesetz ist der Grundversorgungsauftrag verankert. Er ist mit zahlreichen Programmen und deren überwiegend nicht auf Information ausgerichteten Inhalten unzulässig ausgeweitet worden.

Die Zwangsbeiträge für die Grundversorgung sollen abgeschafft werden.

These 0403: Die AfD will die Abschaffung der Vermögenssteuer.

Die Vermögenssteuer ist zurzeit nicht abgeschafft, sondern nur ausgesetzt. Sie träfe alle mit einem Vermögen von mehr als 75.000€: Bereits der Besitzer einer Eigentumswohnung wird vermögenssteuerpflichtig!

Eine Erhebung der Vermögenssteuer ist eine zusätzliche Wegnahme von bereits versteuertem Einkommen. Sie reduziert die für die Alterssicherung notwendigen privaten Rücklagen. Die Kluft zwischen arm und reich wird dadurch nicht verringert, da lediglich der Staat eine zusätzliche Einnahme erzielt.

These 0404: Die AfD wird Zuweisungen und Zuschüsse absenken.

Zuweisungen sind Geldflüsse zwischen Land und deren Beteiligungsfirmen. Zuschüsse werden an Dritte bezahlt. Dieser Posten stieg 2015–2019 von 28 Mrd. auf 32 Mrd. an. Er weist mit 43% des Haushaltes einen höheren Betrag aus als die Personalkosten. Das macht Transparenz und verschärfte Kontrolle unbedingt erforderlich.

Die Vielfältigkeit der Bewegungen müssen einer grundlegenden Revision unterzogen werden. Die Verschiebungen zwischen Land und Beteiligungsfirmen sind genau aufzulisten. Strenge Regelungen zur Steuerung und zur Vermeidung von Missbrauch sind notwendig. Dazu sind große Einsparmöglichkeiten gegeben.

These 0405: Wir fordern Transparenz der Kosten der Zuwanderung.

Mehr als jeder fünfte Zuwanderer nach Deutschland ist in NRW untergebracht. Die dadurch entstehenden Ausgaben sind intransparent, sie erfolgen auf Landesebene aus dem Kernhaushalt des Landes und durch die Beteiligungsgesellschaften.

Wir fordern eine gesonderte Gesamtübersicht der Einnahmen, Investitionen und

Ausgaben. Erfasst werden müssen hierbei z. B. die Kosten für Bau und Anmietung von Unterbringungen, Versorgung, Integration, medizinischer Betreuung, Sach- oder Geldleistungen, Personal sowie Sicherheit.

These 0406: Wir fordern einen Maßnahmenkatalog für den Ausgleich des Landeshaushalts.

Überfällig ist die Erstellung eines wirksamen Maßnahmenkatalogs zur nachhaltigen Sanierung der Finanzen, der sich mindestens über fünf Jahre erstrecken soll. Nur mit dieser vom Parlament verabschiedeten Planung, ist eine verbindliche, nachhaltige Gesundung zu erreichen.

Maßnahmen für diesen Katalog sollten u.a. sein:

- Einführung der DOPPIK: Hierbei handelte es sich um einer Doppelte Kontenbuchhaltung mit Gewinn und Verlustrechnung sowie einer Konzernbilanz zur Berücksichtigung der Beteiligungsgesellschaften. Sie schafft Transparenz über Vermögens- und Schuldenlage sowie die Deckung des Haushaltes und die Eigenkapitalsituation.
- Überprüfung aller Arbeitsabläufe in Landesbehörden und Beteiligungsgesellschaften mit dem Ziel einer Reduzierung

Schaffung von Wachstums- und Beschäftigungsimpulsen durch ein Mittelstandsförderungsgesetz, Abbau von Bürokratie und Ansiedlungsunterstützung.

These 0407: Die AfD steht für die Gesundung des Landeshaushaltes.

Der Haushalt steigt 2015–2019 um 8,6 Mrd. € auf 71,2 Mrd. €. Der Plan stellt die Einnahmen zu hoch und die Ausgaben zu niedrig dar. Ein Schuldenberg von über 200 Mrd. steht zu Buche, hinzu kommen noch die Schulden der Beteiligungsgesellschaften. Neue Schulden in Höhe von 4,9 Mrd. € sind geplant. 7 von 16 Bundesländern kommen ohne Neuverschuldung aus, Bayern tilgt bereits, NRW ist Schlusslicht.

Wir fordern eine kontinuierliche Rückführungsplanung der Verschuldung mit Festschreibung der Planung durch Parlamentsbeschluss sowie die Schaffung einer Maßnahmenkompetenz für den Landesrechnungshof.

Arbeit & Soziales

These 0501: Qualifikation statt Alimentation stoppt Langzeitarbeitslosigkeit.

Landes- und Bundesregierung konnten die tatsächliche Arbeitslosigkeit nicht dauerhaft senken. Ein solcher Eindruck wird lediglich durch Anpassung der Statistik erweckt. Die heutigen Eingliederungs- und Qualifizierungsmaßnahmen gehen am Arbeitsmarkt vorbei. Daher können aus einem Pool von mehreren Millionen Arbeitslosen eine viel geringere Zahl von offen gemeldeten Stellen nicht besetzt werden.

Wir fordern eine Qualifikation geeigneter Arbeitsloser, die den tatsächlichen Arbeitsmarkterfordernissen entspricht. Dies muss zeitnah und in enger Abstimmung mit den mittelständischen Unternehmen passieren, in denen 80% der Arbeitnehmer Deutschlands beschäftigt sind.

These 0502: Die AfD fordert ein Ende der Manipulation der Arbeitslosenquote.

Die Agentur für Arbeit berechnet im Auftrag der Bundesregierung eine Arbeitslosenquote, die dem Wähler suggeriert, dass die Arbeitslosigkeit stetig sinkt: Detailvorschriften führen dazu, dass hunderttausende Menschen nicht berücksichtigt werden.

Wir fordern daher eine den tatsächlichen Arbeitslosenzahlen entsprechende Berücksichtigung bei der Berechnung der offiziellen Arbeitslosenquote. Bezugsgröße der Beschäftigten sollen nur die sozialversicherungspflichtigen Arbeitnehmer sein. Daraus resultiert eine „echte“ Arbeitslosenquote, die den Bürgern die derzeitige Situation verdeutlicht. Wer Arbeitslosigkeit effizient und wirksam bekämpfen will, muss zunächst eine ehrliche Auswertung der Daten vornehmen.

These 0503: Wir treten ein für eine faire Neustaffelung der ALG1 Bezugsdauer und erhöhtes ALG2 für langjährig Beschäftigte.

Seit der Einführung von Hartz IV im Jahr 2005 wird in der Festlegung des Regelsatzes weder berücksichtigt, ob der Leistungsberechtigte vorher langjährig gearbeitet hat oder noch niemals erwerbstätig war. Dies stellt ein sozialpolitisches Ungleichgewicht dar.

Die AfD setzt sich für eine längere Bezugsdauer von ALG1 bei einer Vorbeschäftigung ab 10 Jahren ein. Wir fordern höhere ALG2-Leistungen, die sich an der Erwerbsbiografie orientieren. Eine finanzielle Gleichstellung von vormals jahrelang Erwerbstätigen und in die Sozialsysteme Zugewanderten wird abgelehnt.

These 0504 (Gegenthese zu These 0505): Sozialleistungen gegen soziale Arbeit:

Die Beschäftigungsfähigkeit vieler Langzeitarbeitsloser wird durch das staatlich verordnete Nichtstun gefährdet. Dabei möchten viele Hartz4 Empfänger gerne ihr Arbeitspotenzial für Tätigkeiten, die dem Gemeinwohl dienen, zur Verfügung stellen.

Die AfD plädiert für eine fallbezogene Verpflichtung zur gemeinnützigen Arbeit, unter Berücksichtigung des Lebensalters und der vorherigen Arbeitsleistung in Deutschland. Neben dem Erhalt der Beschäftigungsfähigkeit, gibt dies den Betroffenen ein Stück

Würde zurück, da sie sich als produktiver Teil der Gemeinschaft verstehen können und festigt ebenso das Solidaritätsprinzip gegenüber den Steuerzahlern.

These 0505 (Gegenthese zu These 0504): Sozialleistungen gegen soziale Arbeit

Die Beschäftigungsfähigkeit vieler Langzeitarbeitsloser ist gefährdet.

Die AfD plädiert für ein Angebot gemeinnütziger Arbeit als Gegenleistung für gesellschaftliche Unterstützung für diejenigen, welche vor ihrem Leistungsbezug keiner oder nur einer kurzfristigen Beschäftigung nachgegangen sind. Menschen mit jahrelanger Erwerbstätigkeit vor ihrem Sozialleistungsbezug sollen hiervon ausgenommen sein.

These 0506 (Gegenthese zu These 0507): Religionsfreiheit" bedeutet auch "Freiheit von Religion", gerade am Arbeitsplatz.

Religionsfreiheit muss am Arbeitsplatz ihre Grenzen dort finden, wo der Betriebsablauf gestört oder Mitarbeiter durch die Religionsausübung der anderen belästigt werden. Wie viel Religion in einem Betrieb möglich ist, soll zukünftig die Unternehmensleitung entscheiden dürfen. Die freie Religionsausübung ist daher am Arbeitsplatz eingeschränkt; dies muss in Gesetzen und auch im Grundgesetz verankert werden. Für Arbeitslose soll sich aufgrund ihrer Religion kein Recht auf Ablehnung eines Jobangebots ergeben.

Religionsfreiheit bedeutet nicht nur, seine Religion frei ausüben zu können: Sie bedeutet auch, dass jeder Bürger das Recht hat auf ein Leben frei von Religion. Mitarbeiter, die ihre Religion auch hier ausleben wollen, zwingen dadurch ihrem Arbeitgeber und ihren Kollegen religiöse Regeln auf und stören betriebliche Abläufe. Arbeitslose, die Jobangebote wegen ihrer religiösen Ausrichtung ablehnen, belasten dadurch unser Sozialsystem.

These 0507 (Gegenthese zu These 0506): Religionsausübung ist Privatsache.

Religionsfreiheit bedeutet auch das Recht auf ein Leben ohne Religion. Mitarbeiter, die ihre Religion am Arbeitsplatz ausleben wollen, stören betriebliche Abläufe. Das Ablehnen von Jobangeboten aus religiösen Gründen belastet unser Sozialsystem.

Religionsfreiheit muss am Arbeitsplatz ihre Grenzen dort finden, wo der Betriebsablauf gestört oder Mitarbeiter durch die Religionsausübung der anderen belästigt werden. Die freie Religionsausübung ist daher am Arbeitsplatz eingeschränkt. Arbeitslose sollen keinen Anspruch haben, aufgrund ihrer Religion ein Jobangebot abzulehnen.

These 0508: Die Arbeitnehmerüberlassung muss fair gestalten werden.

Arbeitnehmerüberlassung dient dazu, Unternehmen die Chance zu geben, auf kurzfristige Engpässe reagieren zu können. Leider wird sie aber häufig genutzt, um tariflich bezahlte Arbeitnehmer dauerhaft durch preiswerte „Leiharbeiter“ zu ersetzen. Alle bisherigen staatlichen Regelungsversuche können umgangen werden, oder belasten durch zusätzlichen Bürokratismus, gerade kleine und mittelständische Unternehmen.

Mit einem für Zeitarbeiter auf 13,50 € erhöhten Mindeststundenlohn wird diese

Personengruppe für die Nachteile entschädigt, die ihnen durch häufig wechselnde Einsatzorte entstehen. Für ausleihende Unternehmen, wird der dauerhafte Einsatz von Leiharbeitnehmern deutlich unattraktiver und die Bereitschaft, feste Arbeitsplätze zu schaffen, größer.

These 0509: Grundsicherung im Alter muss die Lebensarbeitsleistung angemessen berücksichtigen.

Menschen, die keine oder nur geringe Rentenansprüche erworben haben, erhalten mit Erreichen des Rentenalters eine Grundsicherung auf dem Niveau von ALG2-Leistungen - unabhängig davon, ob und wie lange sie gearbeitet haben: Ein Bürger, der 40 Jahre auf Mindestlohniveau gearbeitet und Rentenbeiträge entrichtet hat, erhält als Rentner genau so viel wie jemand, der nie sozialversicherungspflichtig gearbeitet hat.

Bei der Bemessung der Grundsicherung ist daher der derzeitige Betrag der Grundsicherung, lediglich als Sockelbetrag zu verstehen. Dieser Sockelbetrag, der jedem nach Erreichen der Altersgrenze zusteht, wird abhängig von in Deutschland geleisteten Erziehungs- und Arbeitszeiten erhöht. Dadurch ist sichergestellt, dass sich für jeden - unabhängig vom dabei erzielten Einkommen - die Lebensarbeitszeit positiv auf die Altersversorgung auswirkt.

Zuwanderung, Integration und Asyl

These 0551: Die AfD gestaltet die Zuwanderungspolitik für Deutschland.

Deutschland ist von einer Massenmigration und einer ziellosen Integrationspolitik betroffen, die unser Land aus dem Gleichgewicht bringt.

Diese unkontrollierte Zuwanderung droht, die politischen, kulturellen und gesellschaftlichen Grundlagen Deutschlands und Europas zu zerstören. Sie importiert Konflikte aus den Heimatländern vieler Zuwanderer und fördert das Entstehen von Parallel- und Gegengesellschaften. Sie hat keine arbeitsmarktpolitischen Zielvorgaben und stellt daher häufig eine Zuwanderung in unsere sozialen Sicherungssysteme dar.

Migration und Integration müssen so gestaltet werden, dass die Interessen unseres Landes wieder im Vordergrund stehen, unser Wertesystem und die deutsche Leitkultur erhalten bleiben. Voraussetzung dafür ist die uneingeschränkte Akzeptanz der Wertefundamente unserer Gesellschaft, basierend auf Judentum, Christentum, Humanismus und Aufklärung und unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung. Nur ein Land, das selbstbewusst für seine Werte und Gesetze einsteht, wird in der Lage sein, seine nationale Identität zu bewahren und Zuwanderer effektiv zu integrieren.

These 0552: Die AfD wird Zuwanderung regulieren und reduzieren.

Für die Zuwanderung benötigen wir klare Regeln, die Anwendung von geltendem Recht und Gesetz sowie eine eindeutige Differenzierung von Zuwanderung zum dauerhaften Verbleib in unserem Land und temporärem Schutz für Schutzbedürftige.

Vorrang vor Zuwanderung haben familien- und bevölkerungspolitische Maßnahmen und eine Ausbildungsoffensive, um damit den Zuwanderungsbedarf zu reduzieren.

In Kanada wird die Zuwanderung durch ein Punktesystem geregelt, welches sich an nationalen Interessen orientiert. Hauptkriterium ist die Vakanzzeit einer Stelle, hinzu kommen Sprachkenntnisse, Alter, Familienstand, Integrationsfähigkeit etc. Damit die Steuerung der Zuwanderung in unseren Händen liegt, fordern wir ein Zuwanderungsgesetz in Anlehnung an das kanadische Modell.

These 0553: Die AfD bewahrt das Asylrecht.

Das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland regelt das Asylrecht vorbildlich. Die Dublin-III-Verordnung schreibt vor, dass für einen Asylsuchenden das Land zuständig ist, in dem erstmals das Gebiet der EU betreten wurde. Dieses Recht muss angewendet werden.

Das Grundgesetz und die im Asylgesetz abgebildete Genfer Flüchtlingskonvention regeln, wer Asylrecht genießt. Darauf kann sich nicht berufen, wer aus einem EU Staat oder aus einem anderen sicheren Drittstaat einreist. Die Einreise ist im Regelfall zu verweigern, wenn sie aus einem sicheren Drittstaat erfolgt. Deutschland ist umgeben von sicheren Drittstaaten.

These 0554: Die AfD wird Asylmissbrauch verhindern.

Dem Missbrauch des Asylrechts zu Einwanderungszwecken und zur Erlangung sozialer Leistungen ist ein Riegel vorzuschieben.

Bis zur lückenlosen Sicherung der EU-Außengrenzen sind die nationalen Grenzen zu sichern und alle „Flüchtlinge“ aus dem Dublin-III-Raum abzuweisen. Der Zuzugsdruck muss durch humanitäre Hilfen in der Region der Betroffenen und durch Einrichtung von Aufenthaltszentren außerhalb der EU nach australischem Vorbild vermindert werden.

Die EU kann zur Entlastung besonders betroffener Staaten (z.B. Italien, Griechenland) gemeinsame „Hot Spots“ einrichten, wohin die Bewerber gebracht werden und wo anerkannte Flüchtlinge verbleiben. Wir dürfen dabei keinesfalls unsere Souveränität weiter an die EU abgeben oder die Türkei aufwerten, ihren EU-Beitritt fördern und durch die Visa-Freiheit einen neuen Zustrom von dort zu begünstigen.

These 0555: Die AfD reduziert Aufnahme- und Aufenthaltskosten.

Die Kosten der Aufnahme und des Aufenthalts von Asylbewerbern sind zu reduzieren.

Wir fordern die Umsetzung des § 7 AsylbLG. Einkommen und Vermögen, über das verfügt werden kann, sind vom Leistungsberechtigten vor Gewährung von Leistungen aufzubrauchen, um Kosten zu reduzieren und die Bevorzugung von Asylbewerbern gegenüber Hartz IV-Empfängern zu beenden.

Arbeit für Asylbewerber fördert Integration und Finanzierbarkeit. Viele arbeitsfähige Asylbewerber leiden unter Untätigkeit und dem Gefühl, nicht gebraucht zu werden, gleichzeitig leidet der Staat unter den enormen Kosten. Von der Reinigung der Unterkünfte und der Unterstützung der Helfer bis hin zum Einsatz in öffentlichen Bereichen ist es selbst bei geringer Qualifikation möglich, einen angemessenen Beitrag zu leisten.

These 0556: Die AfD wird Leistungen für Asylbewerber sinnvoll gestalten.

Die hohen Geldleistungen in Deutschland sind eine Ursache für den Wunsch vieler Asylbewerber, zu uns zu kommen. Sie haben Anspruch auf Unterkunft, Kleidung, medizinische Versorgung und Verpflegung. Zusätzlich erhalten sie Geldleistungen.

Das Asylgesetz sieht vor, dass Asylbewerber in Erstaufnahmeeinrichtungen möglichst ausschließlich Sachleistungen bekommen. Wir fordern eine sofortige Umstellung auch in NRW.

Eine Gesundheitskarte für Asylbewerber darf nur eingeführt werden, wenn sich nachweisbare Einsparungen der Gesamtkosten ergeben.

These 0557: Der Aufenthaltsstatus bedingt unterschiedliche Leistungen und Forderungen.

Asylrecht und Genfer Flüchtlingskonvention begründen lediglich ein temporäres Aufenthaltsrecht. Wir müssen eindeutig zwischen Zuwanderung in unser Land und temporärem Schutz für Schutzbedürftige differenzieren:

- Die Assimilation von Ausländern, die dauerhaft hier bleiben dürfen, ist

sicherzustellen.

- Für Asylberechtigte sollten Aufenthaltshilfen angeboten werden. Auch wer nur ein zeitlich befristetes Aufenthaltsrecht hat, muss zum Spracherwerb, zur bedingungslosen Akzeptanz unseres Grundgesetzes und Rechtssystems, unserer Werte und unserer Leitkultur verpflichtet werden.
- Asylverfahren müssen beschleunigt werden, Asylbewerber sind bis zur Entscheidung von Integrationsmaßnahmen freizustellen.

These 0558: Schulpflicht gilt unabhängig vom Aufenthaltsstatus

Kinder sind generell zu beschulen. Ihre Entwicklung soll so wenig wie möglich durch ihre Flucht behindert werden. Die Beschulung sollte sowohl auf ein Leben in der Heimat der Kinder als auch auf einen weiteren Aufenthalt in Deutschland vorbereiten. Sie erfolgt separat, bis der Leistungsstand den Anforderungen der Regelschulen entspricht, denn eine gezielte, separate Unterrichtung kommt allen Schülern zu Gute.

Erwachsene sollten für die voraussichtliche Dauer Ihres Aufenthalts angepasste Angebote bekommen. Informationen über Rechte und Pflichten sowie über Verhaltensregeln sind obligatorisch. Sprachschulungen, die über Grundkenntnisse hinausgehen, sind freiwillig und auch nicht generell kostenfrei.

These 0559: Wir wollen Rückführungen durchsetzen und Duldungen vermeiden.

Wir fordern schnellstmögliche Rückführungen in die Heimatländer für alle Personen, deren Antrag auf Asyl endgültig abgelehnt worden ist und eine drastische Reduktion der Duldungen. Ausweisung und Abschiebung sind ein notwendiger Teil des Asylrechts.

Diese Aufgaben sind wieder zentral vom Land wahrzunehmen. Die personelle Ausstattung ist den Notwendigkeiten anzupassen, Rückführungshemmnisse sind deutlich zu vermindern. Hindernisse durch Drittstaaten sind durch aktive Außenpolitik der Bundesregierung zu minimieren. Gegebenenfalls kann eine Unterstützung der Rückkehr durch finanzielle Leistungen erfolgen.

Abschiebehaft und Haft gemäß Dublin-III-Verordnung sind als Bestandteil rechtsstaatlicher Maßnahmen anzuwenden. Abschiebebehinderung durch Dritte ist eine Straftat und kein Akt der Humanität.

Bauen, Wohnen und Verkehr

These 0601: Die AfD fordert Lastwagen mit geringerer Achslast, um die Straßen weniger zu beschädigen.

Heutige LKW beschädigen Straßen zunehmend durch ständig erhöhte Achslasten. Dafür ist nicht das Gesamtgewicht verantwortlich, sondern die Last pro Achse. Gerade die neue LKW Maut ist hier kontraproduktiv durch die Einteilung in andere Achsklassen, was bis 40 % mehr Straßenverschleiß bewirkt.

Durch breitere Reifen und zusätzliche Achsen werden die Straßen bis zu 30 % weniger geschädigt. Selbst LKW mit sieben Achsen und 51 Tonnen Gesamtgewicht verursachen weniger Straßenbelastung als 38 Tonner mit vier Achsen. Die LKW-Maut soll über ein Bonus-System straßenschonende Bauweise belohnen.

These 0602: Die AfD steht für ideologiefreie Dämmvorschriften.

Die heute praktizierte Form der Dämmung von Gebäuden ist ökonomisch, ökologisch und bauphysikalisch mit Problemen belastet.

Wir widersetzen uns der ideologischen Forderung, durch Energiesparmaßnahmen aus jedem Gebäude ein Niedrigenergiehaus machen zu müssen. Grundsätzlich soll dem Bauherrn bei der Energieeinsparung die Wahl gelassen werden zwischen einer effizienten Grundbemessung und einer Ausstattung nach Höchstwerten. Aktuell festgelegte Bußgeldforderungen sind zurückzunehmen.

Bei den verwendeten Baustoffen sollen folgende Kriterien erfüllt werden:

- (1) Nicht brennbares Material ohne Sondermüllentsorgung
- (2) Verzicht auf Beimischungen von Fungiziden und Pestiziden

These 0603: Wir entlasten Familien bei der Grunderwerbsteuer.

Die Wohnraumbeschaffung bzw. Eigentumbildung spielt bei der Förderung von Familien mit Kindern eine besondere Rolle. Die Grunderwerbssteuer wird als Teil der Kaufpreisnebenkosten häufig nicht von Banken finanziert, sondern muss aus dem Eigenkapital aufgebracht werden.

Eine finanzielle Entlastung beim Erwerb einer Immobilie ist für die Familienförderung relevant. Die AfD setzt sich für grundsätzliche Reduzierung der Grunderwerbssteuer und zusätzlich für eine Staffelung der Grunderwerbsteuer nach Kinderzahl bzw. Alter der Kinder ein.

These 0604: Die AfD fordert im Bus- und Bahnverkehr ein einheitliches Ticket vom Start bis zum Ziel.

Das heutige Tarifdschungel hat mit vernünftiger Verkehrspolitik nichts zu tun und schreckt potentielle Fahrgäste ab. Wer nur gelegentlich mit dem Bus und Bahn fährt, für den können Nahverkehrs-Automaten ganz schön verwirrend sein.

Im digitalen Zeitalter ist regional begrenzte Preisgestaltung überholt. Dass es auch anders geht, zeigt z. B. das Tarifsystem in der Schweiz. Statt bei Fahrplanwechseln den Focus auf Preiserhöhungen zu legen, muss einem bundesweit einheitliches Ticketsystem für den ÖPNV oberste Priorität eingeräumt werden.

These 0605: Die AfD fordert die Abschaffung der Umweltzonen und lehnt die Einführung der blauen Plakette ab.

Die Umweltzonen haben Ihren Zweck erfüllt. Über 95% aller Kraftfahrzeuge erfüllen bereits die Abgasnormen für die grüne Plakette.

Eine weitere Verschärfung durch die blaue Plakette trifft einkommensschwache Haushalte und kleine Gewerbebetriebe unverhältnismäßig hoch. Es ist z. B. wirksamer, die 400 Binnenschiffe in NRW mit saubereren Kraftstoffen zu betreiben, da diese in etwa so viel Emissionen verursachen, wie 3,8 Mio. PKW.

These 0606: Die AfD fordert den Erhalt und Modernisierung der Verkehrsinfrastruktur.

Die Infrastruktur in NRW ist aus politischen Gründen seit Jahrzehnten unterfinanziert. Dadurch sind die Verkehrswege an vielen Stellen in einem maroden Zustand und es ist ein milliardenschwerer Investitionsstau entstanden.

Die notwendigen Mittel müssen dauerhaft zur Verfügung gestellt werden. Eine Finanzierung wie in der Schweiz ist hier ein mögliches Vorbild. Dadurch fließen die Mittel ungekürzt durch politische Einflussnahme an die zuständigen Baulastträger.

These 0607: Verkehrsüberwachung soll Gefahren reduzieren und nicht Haushaltslöcher stopfen.

Ziel vieler kommunaler Verkehrsüberwachungen scheint oft nicht die Erhöhung der Verkehrssicherheit, sondern das Auffüllen der Haushaltskassen zu sein.

Die AfD fordert eine Fokussierung der Verkehrsüberwachung auf Gefahrenschwerpunkte.

These 0608: Bauland mit weniger Restriktionen.

Der Neubau von Wohnraum bedarf entsprechender Grundstücke. Derzeit mangelt es an der Ausweisung von Bauland durch die Kommunen. Diese künstliche Verknappung trägt darüber hinaus zu einem rasanten Anstieg der Baulandpreise bei, an dem Kommunen auf Kosten ihrer Bürger verdienen.

Die AfD fordert, dass mehr Bauland seitens der öffentlichen Hand zur Verfügung gestellt wird. Hierbei sind auch ehemalige Industrie- und Gewerbeflächen für den Wohnungsbau zu aktivieren. Nicht zielführende Restriktionen sind zu lockern, Baulücken zu schließen und vorhandene Bebauungen bedarfsorientiert weiter zu verdichten. Die Umgestaltung und Steigerung der Attraktivität von Wohnvierteln aus den 50er und 60er Jahren ist ein weiteres Feld zur Wohnungsoptimierung.

These 0609: Die AfD fordert LKW auf die Schiene durch Investition in intermodalen Verkehr.

Die Autobahnen werden immer voller, LKW an LKW reihen sich aneinander. Oft sind dies Ursachen für Unfälle und Staus.

Durch die Einführung kranloser Verlademöglichkeiten für den Intermodalen Transport, wie sie in Frankreich und Schweden zur Serienreife entwickelt sind lassen sich ganze Züge in kürzester Zeit be- und entladen. Solche innovativen Systeme tragen dazu bei, die Güterverkehre zügig auf die Schiene zu verlagern.

These 0610: Die AfD fordert bezahlbaren Wohnraum für alle: Wohngeld ist sozial, sozialer Wohnungsbau ist hingegen ungerecht.

In den großen Städten fehlt es an günstigen Wohnungen. Gruppen, die Marktzugangsprobleme haben (z.B. Alleinerziehende) helfen Belegungsrechte für den sozialen Wohnungsbau. Aber nur 46% der Haushalte gelten als arm. Mehr als die Hälfte ist also gar nicht berechtigt, weil deren Einkommen nach dem Einzug oftmals steigen. Die Politik scheut es jedoch regelmäßig, entweder die unberechtigten Bewohner ausziehen zu lassen oder eine Fehlbelegungsabgabe zu verlangen.

Diese Politik ist ineffizient, ungerecht und teuer. Wohngeld ist dagegen eine treffsichere und soziale Form der Wohnraumversorgung für Haushalte mit geringem Einkommen. Zugleich führt es zu einer Wohnraumversorgung nach Bedarf. Wohngeld unterstützt die Bedürftigen unmittelbar, aber nur solange sie bedürftig bleiben.

Euro, EU und Banken

These 0701: Die AfD setzt sich für den uneingeschränkten Erhalt des Bargelds ein.

Bundesregierung, EZB und IWF treiben mit der Abschaffung des Bargeldes eines der folgenschwersten Projekte voran. Diese in Gang gesetzte Abschaffung des Bargelds wird absehbar zur Überwachung der Bürger und der schrittweisen Entwertung ihrer Vermögen führen.

Das Bargeldverbot ist ein Angriff auf die Freiheit und die Eigentumsrechte. Negativzinsen, Vermögensabgaben und Zwangsabbuchungen werden die Folgen sein. Der Kontenzwang ist eine Bedrohung für jeden Bürger, besonders für Sparer und Altersvorsorger. Bargeld ist gedruckte Freiheit und gelebter Datenschutz.

These 0702: Wir fordern die Herstellung vollständiger Transparenz bei der NRW-Bank.

Das Geschäftsvolumen der NRW-Bank ist mehr als zweimal so groß wie der Landeshaushalt NRW. Die Bank hat bereits Verluste von mehr als 1 Mrd. € angehäuft. Die aktuellen Zahlen der Bank zeigen, dass die Bank defizitär ist. Die Aufsicht der Bank durch die Politik erfolgt durch ausgewählte Parlamentarier der Alt-Parteien.

Wir bezweifeln, dass die veröffentlichten Zahlen die wahren Risiken für den Landeshaushalt wiedergeben. Landesregierung und Landtag müssen ihrer Verpflichtung nachkommen und die Bank hinreichend kontrollieren. Zusätzlich fordern wir eine externe, politikunabhängige Überprüfung.

These 0703: AfD fordert deutliche Verschlinkung der „NRW-Landesvertretung“ bei der EU in Brüssel.

Seit 2007 residiert die NRW-Landesvertretung bei der EU in Brüssel in einem übermäßig repräsentativen Haus im Europaviertel. Allein die jährlichen Nebenkosten betragen rund 400.000 EUR.

Das Team der Landesvertretung in Brüssel besteht aus insgesamt 30 Personen, darunter 5 Beamte. Für Bezüge und Nebenleistungen der Beamten fallen jährlich etwa 1,1 Mio. EUR an. Weitere Personalkosten machen etwa 1,5 Mio. EUR aus. Das Budget für Veranstaltungen beträgt etwa 250 Tsd. EUR. Die jährlichen Gesamtkosten sind mit etwa 4,5 Mio. EUR angesetzt.

Die AfD fordert, die jährlichen Aufwendungen für die Landesvertretung um mindestens 3 Mio. EUR zu reduzieren.

These 0704: Die AfD lehnt die durch die EZB betriebene Bankenrettung und Staatsfinanzierung auf Kosten der deutschen Bevölkerung ab.

Fortgesetztes Gelddrucken fördert nicht den Wohlstand, sondern zerstört den Wohlstand durch Inflation und Sparerenteignung.

Die AfD stößt Diskussionen über ein besseres Geldsystem an und entwickelt Konzepte.

Wir wenden uns gegen das jetzige Rezept der EZB, als Allheilmittel für alle Krisen Geld zu drucken.

Außen- und Sicherheitspolitik

These 0801: Die Expansion des sog. Islamischen Staates (IS) ist nicht nur eine Bedrohung der Länder des Nahen Ostens, sondern auch Deutschlands und Europas.

Auf die aktuelle Gefahr durch den Islamischen Staat muss auch im deutschen Interesse wirksam reagiert werden. Es geht um die Verhinderung von Völkermord, Vertreibung und weiteren Flüchtlingswellen. Bedrohlich ist auch die Rückkehr von IS-Kämpfern nach Europa als potentiellen Terroristen. Wir begrüßen die militärischen Maßnahmen zur Eingrenzung des IS-Terrorstaates.

Dem Terrorismus muss einerseits mit militärischen Mitteln begegnet werden. Andererseits werden auch diplomatische Lösungen für die Region benötigt. Ziel ist es, mit beiden Mitteln die Region zu befrieden, Flüchtlingsbewegungen zu beenden und stabile Staaten aufzubauen.

These 0802: Ein Allgemeiner Bürgerdienst ist ein wichtiger Beitrag zur Demokratie, zusätzlich zur Wiedereinführung der vollen Wehrpflicht

Jeder junge Bürger soll ein Jahr lang der deutschen Gesellschaft und dem Gemeinwohl seine Arbeitskraft und Fähigkeiten zur Verfügung stellen. Der Bürgerpflicht unterliegen alle wahlberechtigten deutschen Staatsangehörigen, junge Männer wie Frauen, zwischen dem 18. und 25. Lebensjahr. Ausländer, die seit mindestens einem Jahr dauerhaft in Deutschland wohnen und einen gesicherten, anerkannten Aufenthaltsstatus besitzen, werden ebenfalls einbezogen. Für Bürger in der Ausbildung, Frauen mit Kindern und Menschen mit Behinderungen bestehen Ausnahmeregelungen.

Der Allgemeine Bürgerdienst fördert das Gemeinwohl und die Identifizierung der jungen Bürger mit dem deutschen Gemeinwesen. Er hilft auch bei der Integration der zugewanderten Neubürger. Für die Art der Dienste besteht Wahlfreiheit. Hiermit knüpft die AfD an den erfolgreichen Zivildienst an, der bei der Aussetzung der Wehrpflicht gestrichen worden ist.

These 0803: Im Rahmen internationaler Organisationen muss Deutschland vermehrt militärische Verantwortung übernehmen, soweit dies unseren nationalen Interessen entspricht.

Die deutsche Außenpolitik ist heute von einer naiv-pazifistischen Grundhaltung geprägt. Die Bereitschaft als eine der führenden Wirtschaftsmächte auch militärisch für den Schutz und die Wiederherstellung von Freiheit und Recht als Ultimo Ratio einzustehen, ist nur schwach ausgeprägt.

Durch den Einsatz militärischer Verantwortung im Rahmen internationaler Organisationen können wir helfen, Krisen und Konflikte, die die Sicherheit und Stabilität unseres Landes gefährden, vorbeugend einzudämmen und zu beenden. Der Aufbau und Einsatz für Rechtsstaatlichkeit und Demokratie in fernen Regionen dient unmittelbar unseren eigenen Interessen. Demokratie und Rechtsstaatlichkeit, auch in fernen Regionen, schaffen

Stabilität, auf die wir als exportabhängige Volkswirtschaft besonders angewiesen sind.

These 0804: Ziel der deutschen Außen- und Sicherheitspolitik muss die Sicherung der freien deutschen Nation sein. Dazu gehört eine starke Bundeswehr.

Die Verteidigungsfähigkeit der deutschen Streitkräfte ist derzeit nicht gegeben. Daher muss alles Notwendige unternommen werden, um die Bundeswehr zu stärken, so dass sie die Sicherheit der deutschen Bürger, der Grenzen sowie die Handlungsfähigkeit und Souveränität Deutschlands gewährleisten kann.

Die Stärkung der Verteidigungsfähigkeit dient der Erhaltung des Friedens in Europa und der territorialen Integrität Deutschlands und der NATO-Verbündeten. Sie ist orientiert am friedlichen Ausgleich zwischen den Mächten und am Völkerrecht. Sie schützt den für Deutschland so wichtigen freien Handel und die deutsche Handelsschifffahrt weltweit. Sie stellt sicher, dass Deutschland eigenen Zielen statt fremden Interessen folgen kann.

Verbraucherschutz und Umwelt

These 0901: Die AfD gestaltet den Umweltschutz für Deutschland.

Die AfD erkennt die besondere Verantwortung gegenüber unseren heimischen Lebewesen und zum Erhalt und Schutz der Umwelt.

Die heimischen Lebewesen mit ihren natürlichen Lebensräumen sind in Jahrtausenden entstanden. Der Mensch beeinflusst diesen Lebensraum durch sein Handeln nachhaltig. Unsere Verpflichtung besteht nicht nur darin, das Wohl des Menschen im Blick zu haben, sondern auch allen heimischen Lebewesen und Lebensräumen nachhaltig das Überleben zu sichern. Entsprechend der Flächennutzung sollen Zielkonzepte erstellt und die dazu notwendigen Maßnahmen ermitteln werden. Diese sind dann Grundlage für zukünftige Planungen.

These 0902: Blühende Landschaften statt trister Monokultur: Die AfD steht ein für die bäuerliche Landwirtschaft.

Die AfD erkennt die bäuerliche Landwirtschaft als eine wichtige Säule des ländlichen Raumes und der Versorgung der Bevölkerung mit frischen, ortsnahen und hochwertigen Lebensmitteln an.

Wir setzen auf eine Stärkung regionaler Strukturen mit bäuerlichen Familienbetrieben, regionalen Milch- und Schlachthöfen sowie mittelständischen Händlern. Dazu bedarf es der Freiheit, seinen Betrieb ohne überbordende Bürokratie und Auflagen führen zu können. Vielfalt entsteht durch Kreativität und Unternehmertum. Wir möchten Anreize umlenken von einer „Wachse-oder-weiche-Kultur“ hin zu Regionalität und einer attraktiven deutschen Bio-Landwirtschaft ohne zusätzliche Subventionen. Wir sagen nein zur weiteren Konzentration und Industrialisierung.

These 0903: Grüne Gentechnik: Die AfD steht für Transparenz und Sicherheit bei der Lebensmittelqualität und gegen Zulassung auf Landesebene.

Die Entscheidung einer Anbauerlaubnis gentechnisch veränderter Organismen muss auf Bundesebene bleiben. Eine Verlagerung auf Landesebene würde auch artverwandte Pflanzen benachbarter Felder kontaminieren, da ein Pollenflug nicht vor Landesgrenzen halt macht.

Die AfD setzt auf die Wettbewerbsvorteile einer gentechnikfreien, deutschen Landwirtschaft nach dem Vorbild Österreichs. Unser hoher Anspruch an sichere und qualitativ hochwertige Lebensmittel ist unvereinbar mit einer Anbauzulassung für gentechnisch veränderte Organismen, die nachgewiesen eine unmittelbare Auswirkung auf unsere Gesundheit haben. Solange nicht durch mehrjährige Fütterungsstudien und Versuche eine Unbedenklichkeit gentechnisch veränderter Futterpflanzen und Lebensmittel zweifelsfrei und mehrfach nachgewiesen ist, geht der Schutz des Verbrauchers vor.

These 0904: Die AfD steht für eine mitfühlende und würdevolle Behandlung der Tiere und eine Stärkung des Tierschutzes

Die Größe und den Fortschritt einer humanen Gesellschaft und ihrer Kultur erkennt man an ihrem Bewusstsein für ihre schwächsten Mitgeschöpfe. Es gilt, die immer noch praktizierten Missstände im Umgang mit Tieren und deren Haltung aufzuzeigen und auszuräumen.

Wir fordern ein striktes Verbot unnötiger Versuche am lebenden Tier und befürworten das Erforschen alternativer Methoden. In der Landwirtschaft soll die Massentierhaltung eingeschränkt und der Transport der Nutz- und Schlachttiere nur noch über kurze Distanzen innerhalb Deutschlands forciert werden (nächstgelegener Schlachtbetrieb). Wildtiere in Zirkussen lehnen wir ab, da eine artgerechte Haltung nicht möglich ist. Tierquälerei, wie das betäubungslose Schlachten (Schächten), darf nicht aufgrund Religionsfreiheit toleriert werden. Wir fordern daher die Streichung des § 4 a Abs. 2 Nr. 2 TierSchG, der das betäubungslose Schlachten als Ausnahmeregelung legalisiert.

These 0905: Wir wollen die Jagd erhalten und die Rechte der Jäger stärken - für ein ideologiefreies Jagdrecht.

Das Bild des Jägers ist in Teilen der Öffentlichkeit zu Unrecht auf den „Trophäenjäger“ reduziert. Wir stehen für eine differenzierte Sichtweise auf die Pflichten des Jägers sowie eine Gesetzgebung, die sich an die modernen Verhältnisse anpasst.

Wir fordern eine erneute Novellierung sowie eine angemessene, umfassende und rechtliche Neubewertung des momentan gültigen „ökologischen“ Jagdgesetzes. Die zahlreichen zusätzlichen Aufgaben, zu denen die Jägerschaft verpflichtet ist, müssen dabei angemessen berücksichtigt werden. Das Jagdrecht muss sich der Nachhaltigkeit, d.h. dem Einklang von Tier und Natur, widmen und darf nicht aus ideologischen Gründen eingeschränkt werden.

These 0906: Wir stehen für die Verringerung der Nitratbelastung und für sauberes Trinkwasser in NRW.

In vielen Regionen NRWs liegt die Nitratkonzentration 300 % über dem Grenzwert. Dies ist gesundheitsschädlich und mit einer teuren Aufbereitung verbunden. In Europa hat nur Malta höhere Nitratwerte als Deutschland.

Wir unterstützen die freiwillige Kooperation zwischen Wasserversorgern und Landwirten, die bereits zu messbaren Verbesserungen der Grundwasserqualität und einem Umdenken der Landwirte geführt hat. Die Gründe der hohen Nitratbelastung sind zu analysieren und unter Einbindung aller Akteure ist nach allgemeinverträglichen und nachhaltigen Lösungen zu suchen. Wir fordern eine Länderöffnungsklausel und eine Beendigung des Gülle-Tourismus. Einseitige Einschränkungen, unnötige Bürokratie und EU-Reglementierungen, die eine effektive Bewirtschaftung der Felder erschweren, lehnen wir ab.

These 0907: Verantwortungsvoller Umwelt- und Landschaftsschutz steht vor kurzfristigen Profitinteressen großer Energiekonzerne.

Die Zulassung der Schiefergasförderung lehnen wir im Interesse der Menschen und der

Umwelt sowie aufgrund fehlender Langzeitstudien ab.

Der Einsatz von umweltgefährdenden Substanzen und die Verpressung des belasteten Abwassers birgt Risiken für das Grundwasser und die Gesundheit der Menschen. Dies stellt für das dichtbesiedelte NRW keine Form zukunftsfähiger Energiegewinnung dar. Wir unterstützen jedoch eine entsprechende industrieunabhängige Forschung an den Universitäten.

Gesundheit

These 0951: Die AfD gestaltet die Gesundheitspolitik für Deutschland.

Gesundheit ist das höchste Gut des Menschen. Sie zu schützen muss das oberste Gebot einer guten Gesundheitspolitik sein. Wir beginnen dabei schon lange vor einer Erkrankung mit starker Prävention.

Die AfD will eine Anreizstruktur, die den selbstbestimmten Menschen aufklärt und ihm wohnortnah kompetente Spezialisten zur Seite stellt.

Gleichzeitig wollen wir ein System, das den Ärzten, Pflegern und anderen Protagonisten im Gesundheitswesen ein zu der heutigen Generation passendes Selbstverständnis gewährt.

Der übergeordnete Patientennutzen, aber auch die durch Demographie begrenzten Ressourcen (Budgets) und der sich abzeichnende Mangel an Ärzten und Fachkräften sind in neuen Modellen zu beachten. Es gilt, die Vernetzung zwischen Arzt, Pflege und fachärztlicher Begleitung chronisch Kranker zu fördern sowie die Gesundheitsberufe neu zu organisieren und weiterzuentwickeln. Der steigende Anteil von Frauen im Arztberuf ist im Besonderen mit neuen Arbeits- und Organisationsmodellen zu berücksichtigen. Gesundheit ist auch eine Frage des Vertrauens. Krankenhauskeime, Ärzte, die einen nicht verstehen und unpersönliche Konzerne machen das Krankenhaus zu einem Angsttraum. Dem wollen wir entgegen wirken.

These 0952: Die AfD fordert die Sicherung der ländlichen Versorgung durch gezielte Ausbildung von Allgemeinmedizinern.

Überalterung und Abwanderung gefährden die medizinische Versorgung auf dem Land. Ohne ausreichende Bedarfsdeckung an Hausärzten ist auch eine wohnortnahe Versorgung, besonders der chronisch Kranken, nicht zu schaffen.

Die Ausbildung zum Allgemeinmediziner muss gefördert werden. Die AfD fordert die Einrichtung eines Instituts für Allgemeinmedizin an jeder medizinischen Fakultät in NRW. Es müssen Vergütungsanreize für Weiterbildungsstellen, sowie zum Ausgleich des Strukturgefälles zur städtischen Region gewährt werden.

These 0953: Die AfD will eine bessere Infektionsprophylaxe im Zeitalter globaler Kontakte und zunehmender Antibiotikaresistenz erreichen.

Der höchste Antibiotikaverbraucher ist heute die Tierzucht: 1.700 t in der Viehzucht im Vergleich zu 10 t auf allen Intensivstationen in Deutschland. Antibiotikaresistente Keime befinden sich daher nicht nur auf Menschen sondern auch auf Tieren, der Nahrung und im Grundwasser.

Wir fordern eine stärkere Kontrolle und die Reduzierung des Antibiotika-Einsatzes in der Tierzucht. Wasser und Nahrung sollten besser auf Keime und Antibiotikarückstände überprüft werden. Wir streiten für eine Liste von „Reserve-Antibiotika“, die nur dem Menschen vorbehalten ist. Infektionskrankheiten sind nicht ausschließlich Privatangelegenheit, deshalb wollen wir den Impfstatus der Bevölkerung verbessern und

die Stellung der Gesundheitsämter stärken.

These 0954: Die AfD steht für den Ausbau ambulanter palliativmedizinischer Angebote.

In Deutschland sterben jährlich ca. 800.000 Menschen, davon derzeit 50% in Krankenhäusern, 40% in Pflegeeinrichtungen. 80% der Menschen wünschen sich aber, zuhause sterben zu dürfen. Die Palliativmedizin leistet eine Linderung der Beschwerden, wenn keine Aussicht auf Heilung mehr besteht. Sie ermöglicht es, im häuslichen Umfeld zu verbleiben. Heute werden allerdings nur 30% der Sterbenden palliativmedizinisch versorgt.

Ein Ausbau von ambulanten Palliativangeboten wird von uns befürwortet. Die Aufklärung über bestehende Angebote muss ausgebaut werden.

These 0955: Die AfD will die Freiberuflichkeit der Ärzte als Fundament des Gesundheitswesens erhalten und stärken.

Strukturelle Fehler im Gesundheitswesen und die Überalterung der Gesellschaft haben zu einem Nachwuchsmangel selbständiger Ärzte und zu Engpässen in der wohnortnahen Versorgung geführt. Der angestellte Arzt wird derzeit zunehmend zum Erfüllungsgehilfe einer Gesundheitswirtschaft gemacht, die den Patienten als Renditeobjekt sieht.

Die AfD fordert den Erhalt der Freiberuflichkeit und der Selbstverwaltung der Ärzte sowie die freie Arztwahl der Patienten. Unpersönliche Großstrukturen führen zu Vertrauensverlust und widersprechen dem bewährten Konzept der wohnortnahen Versorgung.

These 0956: Die AfD möchte den Hebammenberuf erhalten.

Erhöhte Haftpflichtrisiken haben zu existenzbedrohenden Berufshaftpflichtprämien für Hebammen geführt.

Wir setzen uns für eine bezahlbare Haftpflichtversicherung für Hebammen ein, da ansonsten der Fortbestand des Berufes bedroht ist. Den Hebammenberuf sehen wir als erhaltenswert und förderungswürdig an.

Energie

These 1001: Die AfD fordert die ersatzlose Abschaffung des Erneuerbare Energien Gesetzes (EEG).

Das planwirtschaftliche Erneuerbare Energien Gesetz – kurz EEG – mit Einspeisevorrang und hohen Subventionen für die sog. erneuerbaren Energien hat die Stromversorgung teurer und unsicherer gemacht. Der deutsche Alleingang bei der Energiewende vernichtet Arbeitsplätze in NRW.

Die direkten Kosten der EEG-Subventionierung von mittlerweile 27 Milliarden Euro jährlich werden als EEG-Umlage mit der Rechnung auf die Verbraucher abgewälzt. Darüber hinaus entstehen hohe indirekte Kosten durch den für die Einbindung der EEG-Anlagen erforderlichen Netzausbau. Staatliche Umlagen und Steuern machen inzwischen mehr als die Hälfte des Strompreises der Endverbraucher aus, wodurch sich der Strompreis in den letzten zehn Jahren bereits verdoppelt hat, mit weiter steigender Tendenz.

These 1002: Wir fordern ein Ende des Zwangs zum Einsatz regenerativer Energien und unwirtschaftlicher Dämm-Vorgaben.

Die Energie-Einspar-Verordnung (EnEV) und das Erneuerbare-Energien-Wärme-Gesetz (EEWärmeG) verpflichten Gebäudebesitzer zu teuren technischen und baulichen Maßnahmen für die Wärmedämmung und für die Nutzung von „Erneuerbaren“ Energien zum Heizen und Kühlen mit fragwürdigem Nutzen und teils schädlichen Folgen. Deutschland soll die EnEV und das EEWärmeG ersatzlos aufheben, die staatliche Bevormundung beenden und Eigentümern und Mietern die Maßnahmen zur Wärmedämmung und Erhöhung der Energie-Effizienz in Eigenverantwortung selbst überlassen.

Die EnEV führt zu hohen finanziellen Belastungen von Bürgern und Unternehmen, welche durch die beabsichtigte Energieeinsparung nicht annähernd kompensiert werden. Die EnEV als das Investitionshemmnis in der Wohnungswirtschaft ist abzuschaffen.

These 1003: Die AfD fordert Wettbewerb in der Energieerzeugung statt “Öko-Planwirtschaft”.

Das EEG als planwirtschaftliches Steuerungsinstrument subventioniert diejenigen Erzeugungstechnologien am stärksten, welche die höchsten Kosten verursachen. Eine rationale Energiepolitik darf einzelne Technologien nicht ideologisch bevorzugen.

Eine zuverlässige, moderne und preiswerte Energieversorgung und Energieinfrastruktur ist für ein Industrieland wie Deutschland von zentraler Bedeutung.

Die gegenwärtige Energiepolitik der Bundesregierung gefährdet den Industriestandort Deutschland in dreifacher Hinsicht: Durch die im internationalen Vergleich stark überhöhten Preise, durch eine ständig sinkende Versorgungssicherheit sowie durch die fehlende Planungs- und Investitionssicherheit für die Energiewirtschaft.

These 1004: Die AfD fordert die 10H-Regelung für Windkraftanlagen.

Infraschall und Stroboskop-Effekt von Windkraftanlagen verursachen Gesundheitsschäden. Zum Schutz der Bevölkerung soll für Windkraftanlagen daher eine Abstandsgrenze zu jeglicher Wohnbebauung vom 10-fachen der Höhe des Windrades (10-H-Regelung) gelten.

Windkraftanlagen haben von allen zwangssubventionierten Stromerzeugungsarten die gravierendsten Auswirkungen auf die Natur und die Gesundheit der Bevölkerung. Die in Bayern schon praktizierte 10-H-Abstandsregelung bedeutet deshalb ein zumindest akzeptables Mindestmaß an Schutz.

These 1005: Braunkohle sichert die Energieversorgung in Deutschland und Arbeitsplätze in Nordrhein-Westfalen.

Braunkohle ist der einzige, zu wettbewerbsfähigen Kosten verfügbare heimische Energieträger. Für eine Energieversorgung zu wettbewerbsfähigen Preisen kommt ihr eine Schlüsselrolle zu. In NRW hängen an der Braunkohle direkt und indirekt zehntausende Arbeitsplätze.

Braunkohle wird auf absehbare Zeit für die notwendige Grundlastversorgung in Deutschland unentbehrlich sein. Anders als die Stromerzeugung von Windkraft- und Photovoltaikanlagen steht die Leistung der Braunkohlekraftwerke jederzeit abrufbar zur Verfügung, d. h. Braunkohlekraftwerke sind grundlastfähig. Eine realistische und faktenbasierte Energiepolitik hat dies zu berücksichtigen und entsprechend zu handeln.

These 1006: Wir betrachten neue Energietechnologien ohne ideologische Scheuklappen.

Neue Technologien können die zukünftige Basis einer sicheren und preisgünstigen Energieversorgung in Deutschland leisten. Die Förderung grundlagennaher Forschung und Entwicklung muss daher technologieneutral und ohne ideologische Scheuklappen erfolgen.

Die Freiheit der Forschung ist durch Art. 5 des Grundgesetzes festgeschrieben. Dem gegenüber ist aber festzustellen, dass die Politik die Forschungsthemen ideologisch vorgibt. Deutschland verabschiedet sich zunehmend aus zukunftssträchtigen Energietechnologien, indem eine nahezu ausschließliche Fokussierung auf volatile „regenerative Energien“ stattfindet. Dies muss korrigiert werden, indem den Hochschulen und staatlichen Forschungseinrichtungen Autonomie bei der Wahl der Forschungsthemen eingeräumt wird.

These 1007: Die AfD wünscht die Entlastung der Stromkunden über die Streichung der Stromsteuer.

Das EEG hat zur Stilllegung hoch effizienter Kraftwerke und zu unnötigem Ausbau der Netze geführt.

Zur Begrenzung der kostenträchtigen Nachwirkungen dieser Fehlsteuerung sollen die Stromkunden durch Streichung der Stromsteuer entlastet werden.

These 1008: Fracking soll erforscht werden. Die Bürger sollen entscheiden.

Wir wollen die Möglichkeit zulassen, die Chancen und Risiken des Fracking nach den bestehenden strengen deutschen Umwelt- und Bergbaugesetzen zu erforschen.

So die Risiken beherrschbar sind, wollen wir Fracking entwickeln und mögliche Standorte erkunden lassen. Über die wirtschaftlichen und politischen Vorteile wie auch die Risiken des Fracking ist die Bevölkerung sachlich zu informieren. Die Entscheidung über den Einsatz der Fracking-Technik an geeigneten Standorten gehört in die Hand der betroffenen Bürger durch demokratische Entscheidung vor Ort.

These 1009: Die AfD bekennt sich zum Umweltschutz und fordert ein Ende der „Klimaschutzpolitik“ und der Pläne zur Dekarbonisierung.

Das Klima wandelt sich, solange die Erde existiert. Die Klimaschutzpolitik beruht auf untauglichen Computer-Modellen des IPCC („Weltklimarat“). Kohlendioxid (CO₂) ist kein Schadstoff, sondern ein unverzichtbarer Bestandteil allen Lebens.

Die stetige Änderung des irdischen Klimas ist historisch belegt. Dass die Veränderungen der Neuzeit und Gegenwart vor allem oder gar ausschließlich dem menschenverursachten CO₂-Eintrag zuzuschreiben sei, wird nur durch Computermodelle ohne experimentelle Verifizierung gestützt. Die ermittelten Globaltemperaturen der letzten 18 Jahre können die Computersimulationen nicht bestätigen, sondern mahnen, den CO₂-Einfluß nicht überzubewerten. Darüber hinaus müssten ggf. auch positive Klimafolgen berücksichtigt werden.

These 1010: Energiepolitik darf nicht von irrationalen Ängsten vor vermeintlichen Gefahren der Technik getrieben sein.

Der übereilte Beschluss zur ‚Energiewende‘ und zur Aufgabe der Kernenergie-technik muss revidiert und in einem Neustart die Weiterentwicklung zukunftsfähiger Technik intensiviert werden. Daneben soll ideologiefrei über neue Entwicklungen aufgeklärt werden.

Die ‚Energiewende‘ basiert auf parteipolitischen Strategien, die irrationale Ängste und Hoffnungen instrumentalisiert. Für das Grundproblem der Stromspeicherung in großem Maßstab ist keine wirtschaftliche Lösung in Sicht. Die daher noch lange erforderliche elektrische konventionelle Grundlastversorgung kann nicht auf die - bei uns - sichere Kernenergie und die auch in NRW vorhandene Braunkohle verzichten. Beide Brückentechniken ermöglichen erst die Entwicklung zukünftiger Energietechnologien.

These 1011: Radioaktive Reststoffe aus Kernkraftwerken sollen verwertet statt deponiert werden.

Die bisherigen politischen Vorgaben für die Entsorgung von Kernbrennstäben sehen ausschließlich die teure Endlagerung in einer Deponie vor, nicht aber die Verwertung. Die energetische Nutzung in neuartigen Reaktoren ist sicherer und kostengünstiger.

Abgebrannte Brennstäbe bestehen zum größten Teil aus Uran. Nur etwa 5% des eingesetzten Urans sind verbraucht. Neue Kernkraftwerke der Generation 4 werden in der Lage sein, diese derzeit zur Endlagerung vorgesehenen Brennstäbe als Brennstoff

einzusetzen. Neben der besseren Brennstoffnutzung zeichnet diese neuen Reaktoren eine inhärente Sicherheit aus, die auch bei Versagen von Anlagenkomponenten eine Kernschmelze ausschließt. Abgebrannte Brennstäbe sind wertvolle Rohstoffe für Generation 4-Reaktoren, wenn nicht in Deutschland, dann zumindest in anderen, technologisch fortschrittlicheren Industrieländern. Beide Brückentechniken ermöglichen erst die Entwicklung zukünftiger Energietechnologien.

Wirtschaft

These 1051: Wir fordern die Reduzierung der Lohnnebenkosten zugunsten der Arbeitnehmer.

Deutschland steht international bei der Belastung von Arbeitseinkommen mit Steuern und Sozialabgaben an der Spitze. Das muss sich zu Gunsten der Arbeitnehmer wieder ändern.

Die AfD fordert eine straffe Kosten- und Ausgabenkontrolle der öffentlichen Haushalte, um die Basis für Steuersenkungen zu schaffen. Die gesetzliche Kranken- und Rentenversicherung ist zu reformieren und von versicherungsfremden Leistungen zu entlasten.

These 1052: Die von Behörden anwendbare Abgabenordnung soll durch die Gesetze des BGB ersetzt werden.

Beim Zahlungsverkehr wenden Behörden die Abgabenordnung (AO) an. Bürger und Betriebe haben dagegen beim Zahlungsverkehr die Gesetze des BGB zu befolgen. Die führt zu einer Ungleichbehandlung von Bürgern und Behörden.

Beim Zahlungsverkehr von Behörden im Verhältnis zu Bürgern oder Betrieben lässt es die AO zu, dass Forderungen ohne Kontrollinstanz kurzfristig durchsetzbar sind. Dagegen dürfen Bürger und Betriebe nur die Rechte des BGB nutzen und müssen den Rechtsweg beschreiten. Das Sonderrecht AO der Behörden soll abgeschafft werden. Zukünftig sind ausschließlich die Gesetze des BGB anzuwenden.

These 1053: Betriebsvermögens familiengeführter Betriebe muss bei der Erbschafts- und Schenkungssteuer geschont werden.

Familiengeführte Unternehmen stabilisieren mit langfristig orientiertem Entscheidungshorizont Arbeitsmarkt, Innovationspotenzial und Wirtschaftsstruktur. Häufig besetzen sie Marktnischen und sind dort Weltmarktführer. Erbschafts- und Schenkungssteuer bedrohen den Fortbestand von Familienunternehmen.

Erbschaftssteuer soll erst dann ganz oder anteilig fällig werden, wenn Unternehmen oder Teile davon verkauft werden.

These 1054: Die AfD fordert eine mittelstandsorientierte Technologie- und Innovationspolitik.

Eine mittelstandsorientierte Technologie- und Innovationspolitik in einem berechenbaren, wettbewerbsfördernden Wirtschaftsrahmen ist die wirtschaftspolitische Kernaufgabe.

Für die Wettbewerbsfähigkeit der nordrhein-westfälischen Wirtschaft kommt der Innovationskraft mittelständischer Betriebe große Bedeutung zu. In diesen Betrieben arbeiten über 70% aller Beschäftigten und 82% aller Auszubildenden. Der Strukturwandel erfordert die Stärkung des Wissens- und Technologietransfers zwischen Forschungseinrichtungen und Unternehmen sowie die Unterstützung wissensintensiver und technologiebasierter Ausgründungen aus Hochschulen und

Wissenschaftseinrichtungen.

These 1055: Wir fordern die diskriminierungsfreie, öffentliche Ausschreibung aller kommunaler Ver- und Entsorgungsverträge.

Sammlung und Transport privater Abfälle und die Reinigung der öffentlichen Straßen sind ebenso wie die Wasserversorgung und der Betrieb von Energieverteilnetzen Leistungen, die sowohl von kommunalen Eigenbetrieben als auch privaten Unternehmen erbracht werden können. Diese Leistungen sollen daher immer öffentlich ausgeschrieben werden.

Vielfach ist die Müllsammlung und die Straßenreinigung durch Satzungsbeschluss ausschließlich kommunalen Eigenbetrieben möglich. Aufgrund des fehlenden Wettbewerbs sind diese "öffentlichen Leistungen" sehr lukrativ für die jeweilige Gebietskörperschaft. Zwar dürfen rechtlich nur die jeweiligen Kosten dem Bürger abverlangt werden, doch in der Praxis erwirtschaften die Gebietskörperschaften erhebliche Gewinne.

These 1056: Die soziale Marktwirtschaft ist Garant für wirtschaftlichen Fortschritt und gesellschaftlichen Wohlstand.

Die Kombination des Prinzips der Freiheit mit dem des sozialen Ausgleichs ist der Kern der erfolgreichen deutschen Wirtschaftsentwicklung. Der Staat setzt den geeigneten Rechtsrahmen und verhindert wettbewerbsgefährdende Machtkonzentrationen.

Aus Sicht der AfD gibt es keinen effizienteren Koordinierungsmechanismus als den Markt. Der Staat stellt die notwendige Informationstransparenz sicher und vermeidet Fehlentwicklungen über die rechtliche Rahmensetzung. Der Marktprozess ist für die AfD kein Selbstzweck. Er soll zu einer Wohlfahrtsmehrung der Bürger und der Unternehmen führen.

These 1057: Die AfD fordert die Sanierung der maroden Verkehrsinfrastruktur in Nordrhein-Westfalen.

Die Straßen und Brücken in NRW befinden sich in einem maroden Zustand. NRW hat den höchsten Sanierungsbedarf aller Bundesländer. Wir müssen endlich wieder in die Infrastruktur investieren, damit die Wirtschaft in NRW wettbewerbsfähig bleibt.

Bürger und Unternehmen in Nordrhein-Westfalen leiden unter überlasteten Autobahnen und völlig maroden Landes- und Kreisstraßen. Auch die mehr als 10.000 Straßenbrücken sind weitgehend sanierungsbedürftig. Es droht der totale Verkehrs-Kollaps, wenn nicht sofort massiv in die Infrastruktur des Landes investiert wird. Statt 128 Millionen Euro aus dem Investitionspaket des Bundesverkehrsministeriums benötigt unser Land Investitionen in die Infrastruktur in mindestens vielfacher Höhe.

These 1058: Wir fordern die Abschaffung von Kammer-Zwangsmitgliedschaften für Klein- und Kleinstunternehmen.

Unser Grundgesetz § 9 garantiert Gründungen von Vereinigungen ohne jeden Zwang.

Jedwede zwangsweisen Mitgliedschaften sind unserer freiheitlichen Grundordnung zuwider.

Wer sich selbständig macht und einen Betrieb gründet muss sein Gewerbe anmelden. Damit wird er zwangsweise auch bei der jeweiligen IHK Mitglied. Die Industrie- und Handelskammern hatten den Zweck, die Interessen von Gewerbe und Wirtschaft in Politik und Verwaltung zu vertreten. Die zumeist kleinen und mittelständischen Betriebe sind gegen die Zwangsmitgliedschaft. Ein Mehrwert für die Betriebe ist nicht mehr gegeben. IHK sind staatliche Funktionärsinstitutionen mit geringstmöglichem Nutzen geworden.

These 1059: Wir lehnen staatliche Subventionen für die Erfüllung des „5-Jahres-Planes“ beim Ausbau der Elektromobilität ab.

Elektroautos setzen sich nicht durch, weil sie zu viele Nachteile haben. Es ist nicht mit den Prinzipien der Marktwirtschaft vereinbar, dass für die „Planerfüllung“ der Massenverbreitung hohe Subventionen zu Lasten des Steuerzahlers gezahlt werden. Soll Elektromobilität marktfähig werden, so ist zunächst die Technik weiter zu entwickeln.

Die Bundesregierung hat ein planwirtschaftliches Ziel gesetzt: Eine Million Elektrofahrzeuge bis 2020. Da die Käufer für Fahrzeuge mit typischerweise neun Stunden Ladezeit und 150 km Reichweite nicht ein Drittel mehr zahlen wollen als für herkömmliche Pkw, sollen hohe staatliche Subventionen für E-Mobile dieses Planziel retten. Für Deutschland als modernes Industrieland mit freiem Wettbewerb lehnen wir dieses Modell ab.

These 1060: Unternehmen, die Homeoffice-Arbeitsplätze für ihre Mitarbeiter einrichten, sollen eine Förderung erhalten.

NRW soll für Arbeitnehmer attraktiver werden, indem flexible und familienfreundliche Arbeitsplätze mit der Möglichkeit, auch von Zuhause aus arbeiten zu können, gefördert werden.

Ebenso soll der weitere Ausbau einer leistungsfähigen Breitband-Infrastruktur forciert werden. Durch Homeoffice-Arbeitsplätze wird der Berufspendelverkehr reduziert und Arbeit und Familienleben werden besser miteinander vereinbar. Die hierfür eingesetzten innovativen Kommunikationstechnologien benötigen eine leistungsfähige Breitband-Infrastruktur, deren Ausbau beschleunigt und flächendeckend realisiert werden soll.

Inneres und Justiz

These 1101: Wir fordern mehr Schutzleute auf der Straße.

Das Sicherheitsempfinden der Bevölkerung ist gesunken und die Straßenkriminalität ist objektiv gestiegen. „No-Go-Areas“ und Angsträume sind vielerorts Realität geworden.

Der Gefährdung durch Straftäter ist durch mehr Polizeikräfte auf der Straße zu begegnen. Diese sind durch Einstellungen – auch in den Mittleren Dienst – zu rekrutieren. Polizeibeamte sind von Verwaltungsarbeiten zu entlasten. Personaleinsatzplanungen sollen die Bürgernähe in den Mittelpunkt stellen.

These 1102: Wir fordern die Eilzuständigkeit für den Zoll.

Bei der Feststellung zollfremder Straftaten dürfen Zollbeamte in NRW nicht eingreifen, da sie rechtlich nicht zuständig sind und eine Ausdehnung der Zollkontrolle bis zum Eintreffen der Polizei unzulässig ist. Verfolgung von Straftaten auf frischer Tat sowie die Verfolgung und Wiederergriffung geflohener Straftäter ist Zollbeamten nicht erlaubt.

Wir fordern auch für NRW die Eilzuständigkeit für Zollvollzugskräfte, wie sie bereits in Polizeigesetzen des Bundes und mehrerer Bundesländer verankert ist. Mit der Eilzuständigkeit wächst das Sicherheitspotenzial, ohne dass dem Land Kosten entstehen.

These 1103: Polizisten sollen besser geschützt werden.

Polizeibeamte werden immer häufiger Ziel brutalster Angriffe. 2014 stieg die Zahl auf 5764 Angriffe. Um den Eigenschutz der Polizeibeamten zu verbessern, fordern wir, leistungsfähige Taser, wirksame Schutzwesten und Bodycams als zusätzliche Ausrüstung einzuführen.

Der Taser als Distanzwaffe kann den Schusswaffengebrauch situationsabhängig ersetzen. Die verwendeten Schutzwesten entsprechen nicht dem derzeitigen Stand der Technik. Bodycams können durch ihre sichtbaren Tragweise Gewalttäter abschrecken und hierdurch den Polizeibeamten schützen. Sie können Einsatzgeschehen dokumentieren und Beweise sichern, die ansonsten nicht verfügbar wären.

These 1104: Die AfD steht für eine konsequente Kriminalitätsbekämpfung.

Während die Deliktzahlen bei Einbruch, Raub, Körperverletzung und Sexualdelikten in NRW steigen, sinken die Aufklärungsquoten. Straftaten werden dadurch für Täter immer risikoloser und lukrativer. Durch offene Grenzen können ausländische Kriminelle ungehindert eindringen, Straftaten begehen und sich unerkannt zurückziehen. Dem begegnet die Landesregierung mit einer Personalstärke und einer Organisation der Polizei, die dieser gestiegenen Bedrohung nicht gerecht wird.

Die AfD fordert eine signifikante personelle und ausrüstungstechnische Stärkung der Polizei, um die Aufklärungsquote zu steigern und dadurch die Abschreckung zu erhöhen.

These 1105: Wir fordern eine angemessene Bezahlung von Landesbeamten.

Bei der Beamtenbesoldung gibt es in den einzelnen Bundesländern erhebliche Unterschiede. Die Bezüge der NRW-Landesbediensteten liegen im mittleren Bereich. Die rot-grüne Landesregierung hatte in der Vergangenheit zur Konsolidierung ihres Haushalts willkürliche Anpassungen der Beamtenbezüge vorgenommen. Dies wurde vom Landesverfassungsgericht beanstandet.

Die Leistungen der Beschäftigten des öffentlichen Dienstes müssen angemessen entlohnt werden. Wir lehnen Kürzungen der Beamtenbesoldung und Sonderopfer zur Haushaltssanierung ab. Besoldung nach Kassenlage ist unsozial. Tarifliche Leistungen sind daher unverzüglich inhaltsgleich auch den Beamten zu gewähren.

These 1106: Wir fordern eine Straffung der Verwaltungen des Landes.

Die Organisation des Landes NRW ist durch eine überbordende und ineffiziente Struktur gekennzeichnet. Neben den 13 Landesministerien gibt es 16 Tochtergesellschaften des Landes und zehn landeseigene Betriebe. Im operativen Bereich mangelt es an Personal, während die Spitzen der Verwaltung überbesetzt sind.

Wir fordern die Teilprivatisierung von Gesellschaften und Betriebe, um ein wirtschaftliches Arbeiten zu ermöglichen. Behörden sind auf ihre Notwendigkeit hin zu prüfen und gegebenenfalls aufzulösen.

Kommunales

These 1201: Die Wasserversorgung der Kommunen in NRW darf nicht privatisiert werden.

Eine Hauptaufgabe jeder Kommune ist die Sicherstellung der kommunalen Grundversorgung (Daseinsvorsorge). Dies gilt insbesondere für Trinkwasserversorgung. Aktuell besteht die Gefahr, dass Leistungen der Grundversorgung ausgeschrieben und dann privatisiert werden müssen.

Die AfD fordert, dass die Versorgung mit dem Grundnahrungsmittel Trinkwasser nicht privatisiert werden darf.

These 1202: Die AfD fordert echte Subsidiarität durch Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung.

Immer häufiger ziehen höhere Ebenen Entscheidungen an sich, die auch vor Ort getroffen werden können. Dies führt zu aufgeblähten Verwaltungsapparaten und langwierigen Verfahren. Den Kommunen werden immer mehr Aufgaben aufgebürdet, ohne sie dafür mit entsprechenden Finanzmitteln auszustatten. Das treibt viele Kommunen in die Zahlungs- und Handlungsunfähigkeit.

Die AfD fordert, dass Kosten für übertragene Aufgaben in voller Höhe vom Land bzw. Bund zu übernehmen sind. Kommunen, die durch diese Überforderungspraxis in Not gekommen sind, müssen durch entsprechende Zuweisungen konsolidiert werden. Künftig sollen Entscheidungen nach dem Subsidiaritätsprinzip wieder vor Ort getroffen werden.

These 1203: Wir fordern eine leistungsfähige Infrastruktur.

Wirtschaftliche Entwicklung erfordert intakte Verkehrswege und Versorgungsnetze. In Ballungszentren führen hohes Verkehrsaufkommen und Bevölkerungsdichte zu starken Belastungen und Verschleiß der Infrastruktur. Hinzu kommt, dass die Instandhaltung vernachlässigt wurde.

Wir fordern eine Wiederherstellung und Erweiterung der gesamten Infrastruktur, die den Notwendigkeiten gerecht wird.

These 1204: Die AfD stärkt die Demokratie durch mehr kommunale Bürgerbeteiligung.

Die Kommunalverfassung gibt den Bürgern das Recht, in einer Vielzahl kommunaler Angelegenheiten diese Entscheidung selbst in die Hand zu nehmen, z.B. den Bau eines Kindergartens oder den Umbau eines Hallenbades. Allerdings sind die bürokratischen Hürden für Bürgerbegehren und Bürgerentscheid in NRW sehr hoch. Deswegen sind in der Vergangenheit viele Bürgerbegehren gescheitert oder zurückgenommen worden.

Die entsprechenden Regeln der Kommunalverfassung sind zu vereinfachen und für den Bürger verständlich zu formulieren. Die Verwaltungen sollte nicht nur per Gesetz sondern auch in der Praxis verpflichtet werden, die Einleitung von Bürgerbegehren zu unterstützen.

Eine zwingende Bürgerbeteiligung bei größeren städtischen Projekten ist einzuführen. Jede Kommune hat ein Konzept zur Stärkung der Demokratie durch Bürgerbeteiligungen zu entwickeln.

These 1205: Die AfD fordert die uneingeschränkte Wiedereinführung des Widerspruchsrechts bei Bescheiden.

In NRW war es bis 2007 gute Tradition, dass die Verwaltung ihr Handeln nach einem Widerspruch durch den Bürger noch einmal überprüfen konnte, ehe der Betroffene ein Gerichtsverfahren anstrengen musste. Seit 2007 wurde diese Möglichkeit weitgehend ausgeschlossen. Zwar bewährte sich die Neuregelung nicht, 2015 wurde dennoch lediglich eine teilweise Wiedereinführung des Vorverfahrens beschlossen.

Zur Gewährung effektiven Rechtsschutzes ist es erforderlich bei allen Arten von Bescheiden das Widerspruchsverfahren wieder einzuführen. Der Bürger muss geschützt und darf nicht ohne Not in ein Klageverfahren gedrängt werden. Durch die Selbstüberprüfung der Behörden werden Fehlentscheidungen ohne Gerichtsverfahren und die damit verbundenen Kosten aufgehoben.